DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER ➔ Seite 6

5.000 Jahre Schrift, 500 Jahre Aufklärung: DW-Ressortchef Naturwissenschaft Markus Fiedler klärt auf! ➔ Seite 3

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 94 ab Samstag 18. Juni 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



ZDF MUSS NACH ZWEI JAHREN PHARMA-PROPAGANDA ZUGEBEN:

»IMPFUNG« IST EIN MASSENGRAB

- Verstümmelt, Geschädigt, Getötet: Der Pharma-Wahnsinn um eine umstrittene Krankheit kommt ans Licht.
- Wir alle sind von Regierungsmitgliedern und Konzernpresse systematisch getäuscht worden.

Bericht ➔ Seite 4



Titelcollage: DW/Anselm Lenz mit Material von YouTube/Bildschirmfoto, Sammlung Heidenreich, FreeSymbols, Markus Fiedler

Corona-Lüge • Technikwahn • Teuerung • Orwell

Der Mensch als Toastbrot

von Thorsten Krawinkel

Die Szene ist ikonographisch, vielfach geschildert in der hehren Erzählung der Neuzeit und in diversen Gemälden festgehalten: Galileo Galilei sitzt im Florenz der Renaissance vor seinem Fernrohr, um den Priestern das soeben entdeckte Kreisen einiger Monde um Jupiter zur Anschauung zu bringen.

Doch die Hüter der Wahrheit jener Epoche weigern sich durch Galileis raffiniert konstruiertes T e l e s k o p auch nur hindurchzuschauen.

WIE WÄRE ES MAL MIT DER WAHRHEIT?

Was für ein aufgeweckter Kerlchen war dieser progressive Forscher doch und wie ignorant gaben sich die spätmittelalterlichen Kirchenherren – kein Wunder, dass jene ihren Zenit lang überschritten hatten und die Zukunft den Neugierigen, den Forschern, den rationalen Analysten gehören würde. Das Glück der Moderne mit all ihren großartigen Errungenschaften wie Anästhesie, Waschmaschine und Elektroroller sollte uns von da an bevorstehen, Vernunft, Aufklärung und all das großartige Zeug eben, das uns so wunderbar weit gebracht hat – also dorthin, wo wir heute stehen. Doch einige erstaunliche, für manchen Zeitgenossen sogar unbequeme, Nebenwirkungen brachte das damalige *NEW NORMAL* ebenfalls mit sich. Denn es dauerte nicht lange, da stammte der Mensch plötzlich vom Affen ab und nur ein paar mentale Abwärtsspiralen später war die Welt aus einem grotesk absurden U r k n a l l entstanden.

Weltlich weiterlesen, Seite 12

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 94. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Unerschrockene Pazifistin

Der Preis der Republik geht an Ria Makein. | LAUDATIO
von Hermann Ploppa



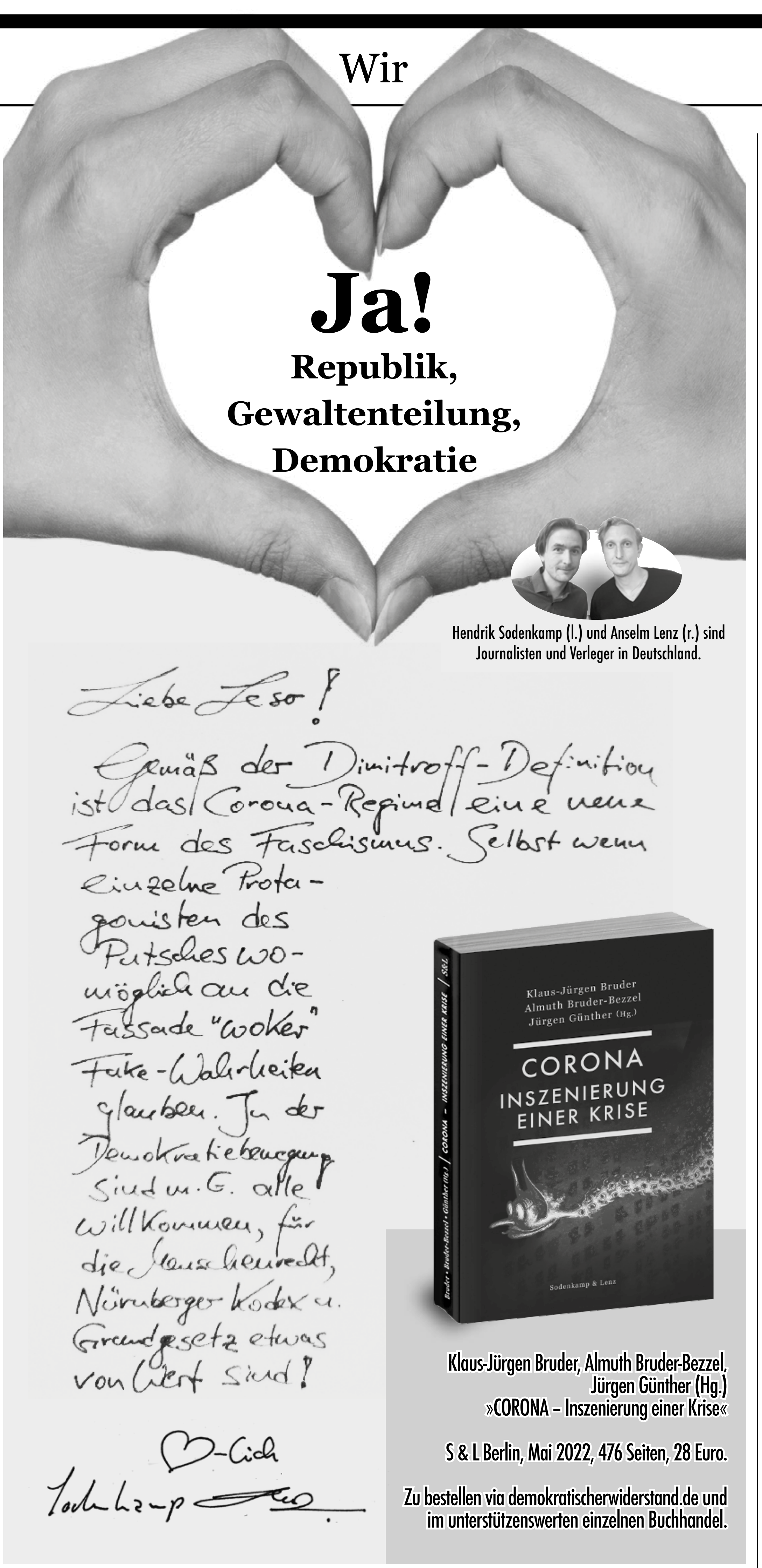
Tatort Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Hier sind noch immer Atombomben gelagert. Deutsche Jagdbomberpiloten werden ausgebildet, um die Atombomben im Fall des Falles abzuwerfen.

Im April 2019 hatte die Pädagogin Ria Makein mit 16 weiteren Friedensaktivisten die Flugpiste besetzt. Weiter war nichts passiert, als dass Makein ein Transparent hochgehalten hat: »Frieden schaffen ohne Waffen.« Vor Gericht verteidigte sich Makein: »Wenn das Gesetz genutzt wird, um die Vorbereitung von Massenmord und Krieg zu schützen, dann ist der Versuch gerechtfertigt, auf dieses Unrecht hinzuweisen und rechtlich dagegen vorzugehen.«

Ihr Vater ist als einziger von vier Brüdern von der Ostfront zurückgekehrt. Das Gericht verurteilte Makein wegen Hausfriedensbruch. Da sie das Bußgeld nicht zahlen wollte, musste die 70-Jährige ihre Strafe im Gefängnis absitzen. Davon neun Tage im geschlossenen Vollzug wie Schwerverbrecher. Den Rest absolvierte sie im offenen Vollzug. Am 6. Juni war sie wieder frei: »Ich würde es jederzeit wieder machen.« Für ihren mutigen und konsequenten Einsatz für den Frieden erhält Ria Makein den Preis der Republik.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Ria Makein. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Datenträger Mensch

EINWURF *von Werner Köhne*

Die damals noch naiven Schöpfer von Google nahmen schon bald nach dem Start staunend wahr, dass sie ihren märchenhaften Gewinn weniger dem Umstand verdankten, dass sie eine riesige Plattform für klassische Werbung boten, sondern sie wurden ohne besondere Anstrengung Vermögensverwalter für Datentransfer.

Zuletzt entdeckte das nimmersatte Unternehmen aus *Silicon Valley* (Kalifornien) gar den Menschen als Datenpool – ein fluides Wesen, das bis in seine Eingeweide hinein ausgeleuchtet werden kann. Dieses Novum ist wahrlich bemerkenswert, sprengt es doch den Rahmen eines Verkaufs- und Kaufereignisses: Der Googelnde wird zur Relaisstation zwischen einem Daten-*Input* und einem Daten-*Output*, in dem alle seine Wesensmerkmale als Mensch verdampfen. Das ist nun noch nicht alles an dieser dantesken Höllenfahrt, in der man »alle Hoffnung fahren lassen« könnte. Es kommen nämlich zwei Faktoren einer veränderten Mentalitätsstruktur hinzu: Eine schrille Emotionalisierung setzt ein, meist sich entwickelnd im Krisenmodus, die diesen Datenträger Mensch ganzheitlich erfasst, vor allem im Rahmen einer schrillen Ökonomie der Aufmerksamkeit, die ihm – tendenziell uns allen – ohnehin zur zweiten Natur zu werden droht. Der andere Faktor bringt eine Moralisierung aller Bestände ins Spiel, die uns – von oben betrieben – zu Sklaven macht (Nietzsche).

Oberflächlich betrachtet tritt hier nach dem allein ökonomisch ausgerichteten »*Shareholder*« (Anteilseigner) der »*Stakeholder*« (Anspruchsgruppe) ans Schaltpult der Mentalitätsgeschichte: jene neuere Leitfigur, die das Gemeinwohl und das Zusammengehörigkeitsgefühl ins Feld führt und erfolgreich an eine in Moral getränkte Zustimmung appelliert.

Tiefer gedacht kündigt sich hier der transhumane Mensch an, jener Grenzgänger zwischen Fakten und »emotional Vibes«, dem kaum noch auffällt, dass er in dieser Scharade seine Seele verliert, weil er als eine Art biometrisches Daten-Monstrum mit heftigen Pawlowschen Reflexen zurückbleibt: »I like it, I don't like it; that´s good, that´s bad« – mehr an Lebensäußerungen bedarf es nicht.

Fazit dieser kleinen Spekulation: Es geht auch mal ohne Erwähnung von Corona, um über ein Phänomen wie Corona nachzudenken.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

IMPFNEBENWIRKUNGEN VOR GERICHT

Die Aufarbeitung des tödlichen Impfregimes ist in vollem Gange. | Von Markus Fiedler

Das Bundesverwaltungsgericht stellt fest, dass es eine Untererfassung von Impfnebenwirkungen gibt. Die Versicherung »One America« berichtet von einer Übersterblichkeit von 100.000 Toten pro Monat, und über 1.000 Herzinfarkte bei Sportlern sind dokumentiert.

In der Beweisaufnahme bei einem Prozess um die Rechtmäßigkeit der Duldungspflicht von Impfungen bei Soldaten vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig konnten die Anwälte Frau Bahner, Herr Schmitz und Herr Prof. Dr. Schwab einen Etappensieg verbuchen, so berichtete es die *Epoch Times*.

Die Richter erkannten an, dass es eine deutliche Untererfassung der Impfnebenwirkungen in den entsprechenden Datenbanken gibt. Der Jurist Prof. Schwab sprach hier in einem Interview davon, dass Meldepflichten, die gesetzlich vorgeschrieben sind, nicht erfüllt werden.

Damit hätten die Richter ihren Befund begründet. Ohne eine genaue Erfassung der Anzahl der Impfnebenwirkungen sei aber keine Grundlage gegeben für eine Nutzen-Risikobewertung in einem Sicherheitsbericht. So eine Nutzen-Risikobewertung sei aber die Voraussetzung für eine eine Duldung einer Impfung.

VERSICHERER SCHLAGEN ALARM

Die Lebens- und Rentenversicherung »One America« stellt fest, dass zuletzt eine Übersterblichkeit von 100.000 Menschen im Monat zu verzeichnen war. Besonders betroffen seien Menschen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren. Scott Davidsson, der Vorstandsvorsitzende der Versicherungsgesellschaft wird in diesem Zusammenhang von der Zeitung Unser Mitteleuropa folgender Maßen zitiert: »Und was wir gerade im dritten Quartal gesehen haben und was sich im vierten Quartal fortsetzt, ist, dass die Sterberaten um 40 Prozent höher sind als vor der Pandemie. Nur um Ihnen eine Vorstellung davon zu geben, wie schlimm das ist: Ein Drei-Sigma-Szenario oder eine Katastrophe, die einmal in 200 Jahren eintritt, würde einen Anstieg von 10 Prozent gegenüber der Zeit vor der Pandemie bedeuten«, sagte er. »40 Prozent sind also ein unerhörter Wert.«

Interessanterweise wird auch in dem verlinkten Artikel »Indiana life insurance CEO says deaths are up 40% among people ages 18-64« vom Magazin *The Center Square* kein Zusammenhang zwischen der Impfkampagne und den Todesopfern hergestellt. Man verweist lediglich diffus auf das Pandemie-Geschehen. Allerdings gibt es an einer Stelle für den aufmerksamen Leser doch einen Hinweis auf die Impfungen: »Die Zahl der Krankenhauseinweisungen im Bundesstaat ist jetzt höher als vor der Einführung des Covid-19-Impfstoffs vor einem Jahr und tatsächlich höher als in den letzten fünf Jahren, sagte Dr. Lindsay Weaver, Chief Medical Officer von Indiana Pressekonferenz mit Gouverneur Eric Holcomb am Mittwoch.« (maschinelle Übersetzung)

Report 24 berichtet, dass inzwischen 1.056 Herzinfarkte bei Sportlern dokumentiert sind. 690 davon verliefen tödlich. Der Autor Willi Huber bemerkt, dass weltweit spätestens seit 2021 Menschen in untypischen Altersklassen umfielen und oftmals ohne Vorerkrankung »plötzlich und unerwartet« mit schweren Herzerkrankungen ins Krankenhaus eingeliefert wurden oder verstorben seien.

ÜBER 100.000 IMPFTOTE ALLEIN IN DEUTSCHLAND

Die dort zitierte Seite *goodsciencing.org* bewertet die Sachlage wie folgt: »Es ist definitiv nicht normal, dass so viele überwiegend junge Athleten einen Herzstillstand erleiden oder während ihres Sports sterben, aber dieses Jahr passiert es. Viele dieser Herzprobleme und Todesfälle treten kurz nach Erhalt eines Covid-Impfstoffs auf. Es ist zwar möglich, dass dies Menschen passiert, die keinen Covid-Impfstoff erhalten haben, aber die bloßen Zahlen weisen eindeutig auf die einzige offensichtliche Ursache hin.« (maschinelle Übersetzung)

Das Magazin *Ansage.org* stellt inzwischen auf Basis von Hochrechnungen aus der US-amerikanischen VAERS-Impfnebenwirkungsdatenbank die Frage, ob es nicht bereits über 103.000 Impftote in Deutschland gäbe.

Die Zeitung *The Expose* stellt einen Bericht der britischen Regierung vor und kommt zum Schluss, dass aus dem Bericht hervorgehe, »dass die Covid-Impfung das Todesrisiko erheblich erhöht und nach fünf Monaten Hunderttausende tötet.« Schöne neue Coronawelt.

Dieser Artikel ist online mit allen Quellenangaben unter demokratischerwiderstand.de/artikel und apolut.net abrufbar.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.



Während der vollständige Impfschutz niemals gewährleistet werden kann, sind schwere Impfnebenwirkungen die bittere Tatsache. Foto: Georgi Belickin

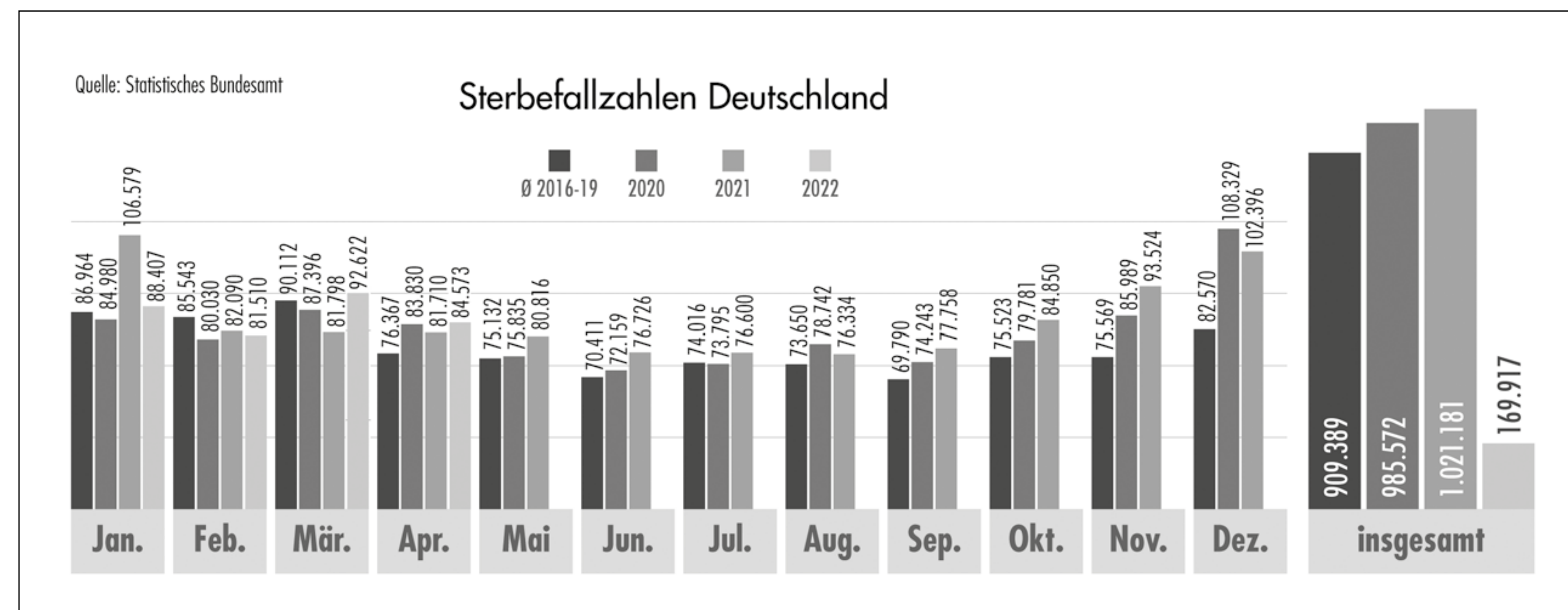
MELDUNG

GESETZLICHE KRANKENKASSEN VOR DEM KOLLAPS

Berlin/DW. Die gesetzlichen Krankenkassen schlagen Alarm. Es tut sich ein Defizit von insgesamt 25 Milliarden Euro auf. Wenn die Bundesregierung nicht bald mit einer Finanzierung einspringt, drohe den Mitgliedern ein »Beitrags-Tsunami«, verlautet es aus den gesetzlichen Kassen. Der Zusammenbruch war angesichts der extremen Ausgaben in der Corona-Plandemie und der Wirtschaftskrise nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs zu erwarten. Wir berichten ausführlich in DW 95. (hep)

PHARMAGIFT FÜR KLEINKINDER

Silver Spring/DW. Experten der US-Arzneimittelbehörde (FDA) empfehlen nun die Spritzung von Kindern im Alter zwischen sechs Monaten und fünf Jahren. Trotz der Enthüllungen über die Schädlichkeit der Geninjektionen wird erwartet, dass die Behörde bald eine Zulassung erteilt. (ber)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

ADÉ PHARMA-PROPAGANDA!

Berichte im Mainstream lösen sich – sachte – von der Propaganda-Lügerei ab. Denn Impfschäden und Impftote sind nicht mehr zu verheimlichen. Die Professor-Streeck-Kommission stellt Regierung und Konzernen Horror-Zeugnis aus. DW hatte auf ganzer Linie recht! Gewaltenteilung? Der Inlandsgeheimdienst will unter falschem Namen weiter gegen Oppositionelle vorgehen. | BERICHT von Anselm Lenz



»Mein Name ist Eva Butzen, ich bin 28 Jahre alt und ich wurde am 2.12. mit Biontech geboostert. Seitdem leide ich vor allem an Atemnot, Lungenschmerzen, permanentem Herzstechen, Ermüdungserscheinungen und ständiger Fatigue«, so die vormalige Leistungssportlerin im ZDF.Länderspiegel vom 12. Juni 2022. Foto: DW-Screenshot/YouTube

Die Leistungssportlerin spricht in die Kamera des *ZDF-Länderjournals*. Ob die Zentrale in Mainz wieder die Zensur- und Propagandastelle einschalten wird, um die Berichterstattung zu verhindern?

Diesmal nicht. Die Kraftsportlerin Eva Butzen berichtet stellvertretend für Hunderttausende in der Bundesrepublik von Schädigungen durch die »Impfungen«. Auch im direkten Umfeld der DW-Redaktion gab es mindestens einen Todesfall, der auf die experimentellen Substanzen zurückzuführen ist.

Die zuständige EU-Behörde EMA listete bereits für 2021 um die 20.000 in unmittelbarer Folge der »Impfungen« Getötete. Nun endlich, nach fast zweieinhalb Jahren der Aufklärungsarbeit unabhängiger Medien wie DW gibt es in Behörden, am Arbeitsplatz, Freundeskreisen, Schulen und Kindertagesstätten seit Wochen kaum ein anderes Thema mehr: Ja, wir sind alle systematisch belogen, geschädigt und einige von uns getötet worden. Und zwar durch die Pharma-Stoffe und Maßnahmen, nicht durch einen vergleichsweise harmlosen Erreger mit dem Titel Sars-Cov-2.

So kam in der vergangenen Woche der aktuelle Stand der Regierungskommission um Professor Hendrik Streeck ans Licht der Öffentlichkeit (#DW93). Der Evaluierungsbericht stellt den Regierungsmaßnahmen und den dafür Verantwortlichen in Regierung, Behörden, Medienbetrieben und Konzernen ein verheerendes Zeugnis aus. Dafür reichte es schon aus, unterschiedliche Studien einander gegenüber zu stellen – genau das war und ist Forderung der Demokratiebewegung seit der ersten Demonstration am 28. März 2020.

CORONA-MASSNAHMEN WAREN SCHÄDLICH

Das legen mehrere Untersuchungen dar; der zugehörige Virus Sars-Cov-2 kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus dem Labor (#DW91). Nach dem DW-Bericht des Biologen Markus Fiedler musste genau diese Erkenntnisse zuletzt auch die teilweise vom US-Oligarchen Bill Gates aufgekaufte Weltgesundheitsorganisation WHO zugeben. Maria van der Kerkhoven (WHO, Forschungsgruppe »Sago«): Eine neue Untersuchungsgruppe werde herausarbeiten, wie »an vielen Krankheitserregern in Laboren in der ganzen Welt gearbeitet wird«. Man wolle »prüfen«, ob es »Verstöße gegen die biologische Sicherheit gegeben« habe. Die zähe Aufarbeitung beginnt nun auch offiziell. Zudem heißt es aus Putschistenkreisen: »Zukünftige Pandemien müssten mit möglichst geringen sozialen Verwerfungen durchgeführt werden.« DW-Leser wissen, dass es bei den »Plandemien« nie um Gesundheitsfürsorge, Umweltschutz oder sozialen Ausgleich ging – sondern um Verschleierung des Zusammenbruchs des US-Modells eines Finanz- und Währungssystems. Auch genannt: Kapitalismus.

STAATSSCHUTZ SCHLÄGT UM SICH

Um das völlige Versagen, mehr noch, die Unterwanderung und Instrumentalisierung unseres Staatsapparates in der BRD gegen uns Menschen zu verschleiern, wollen Regierungsmitglieder, die mutmaßlich Schuld in historischen Maßstäben auf sich geladen haben, nun den Inlandsgeheimdienst gegen die Aufklärer scharf machen. Am zurückliegenden Wochenende stellte Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) mit dem zuletzt ins Amt gehievten Schnüffel- und Terrorchef Thomas Haldenwang den neuen »Verfassungsschutzbericht« vor. Mit absurden Formulierungen versucht darin eine kriminelle Politkaste, die selbstverschuldete Delegitimierung zu überspielen – um Journalisten, Ärztinnen, Juristen und Millionen Helden aus der Demokratiebewegung zu zermürben.

Das BRD-Regime will also im rechtsfreien Raum des Ausnahmezustandes weiter terrorisieren. Seit März 2020 haben Regierungsmitglieder in Berlin gegen Demokraten mit schwer gepanzertem und in schwarz gekleideten Personal losschlagen lassen, der UN-Kommissar gegen Folter Nils Melzer nahm Ermittlungen auf. Bei den Angriffen der Exekutive auf das Volk sind mindestens zwei Demonstranten zu Tode gekommen, Tausende wurden verletzt, Zehntausende zu Unrecht inkriminiert. Ein tiefer Riss geht durch alle Gesellschaftsbereiche. In dem Zusammenhang ist höchst interessant, dass einige *ARD*-Redakteure und der Leiter der Schnüffelbehörde in Brandenburg Jörg Müller in der ablaufenden Woche fast gleichlautend die Pressefreiheit angriffen.

Eines der Ziele ist die unter Corona durch sachliche Aufklärung in diesem Bereich verdiente Magazin *Compact* – und letztlich natürlich auch die vorliegende Zeitung, die, bei aller Bescheidenheit weltweit Maßstäbe bei der Corona-Aufklärung gesetzt hat, die erst einmal übertroffen (oder widerlegt) hätte werden müssen. Denn in einer Demokratie ist es nicht die Aufgabe der Opposition – und schon gar nicht der freien Presse – sich zu rechtfertigen.

Das muss in einer Demokratie die Regierung vor dem Volk. Kann sie das? Will sie das überhaupt noch? Wenn nicht, dann lebten wir ja bereits in Diktatur und Faschismus.

Freie Sachsen im Aufwind

Die Landratswahlen im östlichsten Bundesland zeigen: Kritiker der Corona-Politik können gewinnen. | Von Hermann Ploppa

Im letzten Herbst war die Corona-kritische Bewegung beinahe unsanft entschlafen. Doch in den ersten drei Monaten dieses Jahres nahmen die Proteste dermaßen an Fahrt auf, dass alle Resignationsanfälle mit einem Schlag verflogen waren.

Aber nirgendwo waren derart viele Menschen auf der Straße, um den Regierenden die gelbe Karte zu zeigen, wie in Thüringen und Sachsen. Der Protest erreichte auch die Dörfer. Und man hatte bei den Videoaufnahmen von den mächtigen Kundgebungen den Eindruck: Da sind ja mehr Leute, als in dem Ort überhaupt wohnen können!

Diese tiefe Verankerung der Protestbewegung bis in die Dörfer bekam dann auch eine organisatorische Hülle, nämlich die Freien Sachsen. Denn es genügt nicht, nur auf die Straße zu gehen. Man muss sich auch im übrigen Leben vernetzen. Die Freien Sachsen sind mit der Zeit das Sprachrohr der Protestbewegung in ihrer Heimat geworden. Jetzt haben gerade im östlichsten Bundesland Wahlen für die Besetzung der Landrats- und Oberbürgermeister-Ämter stattgefunden.

ALLE GEGEN DIE FREIEN SACHSEN

Keine einfache Aufgabe. Denn seit der Wende vor über 30 Jahren werden fast alle politischen Schlüsselpositionen von der CDU besetzt – bis in die kommunale Ebene hinein. Ein schlimmerer Filz wie in Bayern mit der CSU. Die Freien Sachsen haben einen intensiven Wahlkampf geführt und sahen sich einer Allparteien-Koalition von Politik und Medien gegenüber, die mit Lügen und Diffamierungen den neuen Konkurrenten auszuschalten versuchte. Daran beteiligte sich als mittlerweile integrierte Systempartei auch die AfD: So intrigierte die AfD-Bürgermeister-Kandidatin Ute Heine in Strehla gegen den Kandidaten der Freien Sachsen, Peter Schreiber.

In Freital wiederum war der langjährige Oberbürgermeister Uwe Rumberg aus Protest gegen die Corona-Politik aus der CDU ausgetreten. Bei den Demos in Freital solidarisierte sich Rumberg mit den Protestierenden. Deshalb versuchten CDU, Grüne und Linkspartei, Rumberg durch einen gemeinsamen Gegenkandidaten aus dem Amt zu werfen. Doch bei den Wahlen triumphierte Rumberg, nicht zuletzt durch Unterstützung der Freien Sachsen, mit 61 Prozent. In einigen Wahlkreisen konnten die Freien Sachsen mit zweistelligen Ergebnissen überzeugen. Die Freie Sächsin Ulrike Böhlke errang sogar über 30 Prozent bei der OB-Wahl in Dohna und verfehlte nur knapp den Sieg. Bei den Landratswahlen holte Uta Hesse in Nordsachsen 20 Prozent und Stefan Hartung im Erzgebirgskreis 10 Prozent, sowie Andreas Hofmann in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge 10,5 Prozent.

Ganz anders ist die Situation in Dresden: Amtsinhaber Dirk Hilbert von der FDP hat gute Chancen, sich in der Stichwahl durchsetzen zu können. Auch an vielen anderen Orten haben die CDU-Kandidaten nach wie vor astronomisch hohe Zustimmungsraten einfahren können. Als Premiere dennoch ein sensationeller Erfolg der Freien Sachsen. Glückwunsch.

Long Lauterbach's Impflüge

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Eine reiche Göre will eine *Pipeline* in die Luft jagen, die Schummel-Bürgermeisterin von Berlin spricht von einer Zeitenwende, der Inlandsgeheimdienst will Deutsche überwachen, die sich kritisch äußern, und Lauterbach ist immer noch da. Herzlich willkommen im neuen Deutschland! Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen!

Mein Konsum an Altmedien ist überschaubar, dennoch komme ich nicht umher, mich ab und an mit abstoßenden Phänomenen eben jener auseinanderzusetzen – eine Berufskrankheit quasi. Aus diesem Grund kam ich vergangene Woche nicht an Luisa Neubauer vorbei. Sie wissen schon, die kleine, reiche Nervensäge aus dem Hause Reemtsma, die noch nie gearbeitet hat und jetzt das Weltklima retten will. So verkündete sie in den sozialen Medien: »Und natürlich überlegen wir, wie wir eine *Pipeline* in die Luft jagen können (die größte *Rohölpipeline* der Welt).« Wow! Beatrix von Storch, stellvertretender Bundesvorstand der AfD, schreibt dazu auf dem Nachrichtendienst Twitter: »Ich habe Luisa #Neubauer angezeigt. Wegen der Androhung von Sprengstoffanschlägen. Die #Klimasekte radikalisiert sich. Es droht: #Klimaterrorismus und eine #grüneRAF. Staatsanwaltschaft und BfV sind jetzt dran!« Wir erwarten das Ergebnis ohne Spannung. Schließlich wissen wir ja, dass Luisa auf der richtigen Seite der globalen Erzählung steht.

Älteren Jahrgängen unter Ihnen, die noch die DDR und ihre Überwachung erlebt haben, kommt das hier sicher ganz bekannt vor: Es wird wieder verboten, »das Falsche« zu denken und zu sagen. Julian Reichelt, gefallener Stern des Springer-Konzerns, schreibt auf Twitter: »Wir haben das Innenministerium gefragt, ob man als Kritiker der Klima-Politik zum Verfassungsschutz-Fall



Impfen bis zum »Post-Vac-Syndrom«?
Foto: Georgi Belickin

werden kann. Die Antwort lautet: Ja. Genau so ist es. Faeser will also ganz offiziell den Verfassungsschutz einsetzen dürfen, wenn die Regierung einfach ihre Ruhe will.« Wenn es keinen Diskurs mehr geben darf, wenn die eigene Meinungsäußerung den Regierenden zu gefallen hat, dann sind wir mit Lichtgeschwindigkeit auf dem Weg zu einem Wahrheitsministerium – zum Liberalismus 2.0. Wie gnadenlos die Demagogen bereits durchgreifen, sehen wir an den maßlos übertrieben Sondereinsätzen und Hausdurchsuchungen bei bekannten Corona-Maßnahmen-Kritikern.

GIFFEY GEIFELT HINTER STEINMEIER HER

Und während der normale, anständige Bürger schon jetzt nicht mehr aus dem Staunen herauskommt, fordert die regierende Bürgermeisterin von Berlin Franziska Giffey (SPD) laut Medienberichten wieder mehr Einsatz der jungen Menschen für die Allgemeinheit. Sie schleimt sich damit beim Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier ein, der diesen Vorstoß gewagt hatte. Die Rede ist von einem sozialen Pflichtdienst. Die Plagiatsmeisterin Giffey sagt: »Das Prinzip der Freiwilligkeit habe ich immer unterstützt, aber wir leben in einer veränderten Zeit und vielleicht gehört zur Zeitenwende auch, dass jeder junge Mensch ein Jahr seines Lebens für den Einsatz für die Allgemeinheit aufbringt.« Ein solches Jahr diene nicht nur dem Gemeinwohl, sondern sei auch eine prägende Erfahrung für jeden jungen Menschen und könne sogar Weichen für den späteren beruflichen Weg stellen. Wenn das übersetzt heißt, dass jeder junge Mensch entweder ein verpflichtendes soziales Jahr oder den Wehrdienst absolvieren muss, bedeutet das nichts anderes als eine Impfpflicht durch die Hintertür.

DER UNTOTE PROPAGANDIST DER GENTHERAPIE

Dass es die Impfnebenwirkungen gegen Covid-19 mittlerweile sogar in die Berichterstattung im Staatsfunk geschafft haben und auf Twitter ein eigenes Schlagwort belegen #postVac-Syndrom, scheint unseren Krankheitsminister Karl Lauterbach (SPD) überhaupt nicht zu interessieren. Auf Twitter schreibt er: »Post-Vac-Syndrom muss besser untersucht werden. Wir empfehlen die Impfung gegen Covid und gegen Post-Covid. Der Nutzen übersteigt das Risiko in jeder Altersgruppe. Trotzdem ist Post-Vac kein Tabuthema und muss erforscht und behandelt werden.« Wahrscheinlich preist uns der Rothschildjünger bald eine Impfung gegen die Nebenwirkungen der anderen Impfung an, die ja keine ist, wie wir wissen. Herrje! Long-Lauterbach nervt einfach nur. Es bleibt wahnsinnig. Bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Wohl kaum ein Straftatbestand ist in den vergangenen zwei Jahren so häufig strapaziert worden wie der § 113 StGB. Dieser stellt den Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte beim Vollzug von Maßnahmen unter Strafe.

So verging wohl kaum eine Versammlung, auf der nicht ein oder mehrere Teilnehmer sich am Ende diesem Tatvorwurf ausgesetzt sahen. Dabei handelt es sich nicht um tätliche Angriffe wie Schlagen, Beißen oder Kratzen. Es reicht einigen Beamten bereits, wenn der Täter sich »versteift«, um dann eine Anzeige zu schreiben.

Das Problem bei den entsprechenden Gerichtsverhandlungen ist die Beweislage. Zumeist treten mehrere Beamte in Erscheinung und stellen dann eine regelrechte Übermacht an Zeugen vor Gericht dar. Hiergegen hilft jedoch die intensive Prüfung, ob die der Widerstandshandlung vorausgegangene polizeiliche Maßnahme rechtmäßig war. Denn gemäß § 113 Abs. 3 StGB lässt eine rechtswidrige Maßnahme die Strafbarkeit entfallen. Mit anderen Worten: Gegen rechtswidriges Handeln besteht – aus guten Gründen – ein Widerstandsrecht. Allerdings ist der Rechtmäßigkeitsbegriff von der Rechtsprechung eng ausgelegt.

So kam es in dieser Woche zu einer Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Wuppertal, in der ich wegen dieses Tatvorwurfes zumindest eine Einstellung auf Staatskosten erreichen konnte, da erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestanden. So hat die Polizei einen sich spontan bildenden Aufzug »verboten«, was rechtlich gar nicht geht. Hier wäre die Auflösung das richtige Mittel gewesen. Folglich konnte dem Angeklagten auch kein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen werden, weshalb die Personenkontrolle mangels Anfangsverdachts rechtswidrig erfolgte. Die hiergegen gerichtete Widerstandshandlung wäre daher nicht strafbar.

Erschreckend war die schlechte Kenntnis des Versammlungsrechtes der Beamten, welche sich vor Gericht – wie so häufig – offenbarte. Hier besteht ein dringender Schulungsbedarf, denn den Beamten vor Ort wird das Versammlungsrecht regelrecht »in die Hände« gelegt, was dazu führt, dass sie dieses mit einem Federstrich vor Ort zunichte machen können. Dieser »Macht des Faktischen« müssen sich dann die Teilnehmer beugen und verlieren so eines der wesentlichsten Grundrechte.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



MACHT UND KONTROLLE

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Ende Juni wird das Ergebnis der Evaluierung der Corona-Maßnahmen erwartet. Lauterbach und Co. versuchen derweil, schon vorab Fakten zu schaffen und neue Freiheitseinschränkungen zu beschließen.

Ob das klappt ist fraglich. Inzwischen wacht offensichtlich auch die Opposition auf und fordert Geduld. »Bedenkt man die Reichweite früherer Maßnahmen und die Kollateralschäden, ist eine konsequente Evaluation unverzichtbar«, sagte Tino Sorge, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, der Welt: »Es wäre fatal, diese wichtige Arbeit schon im Vorfeld zu diskreditieren.«

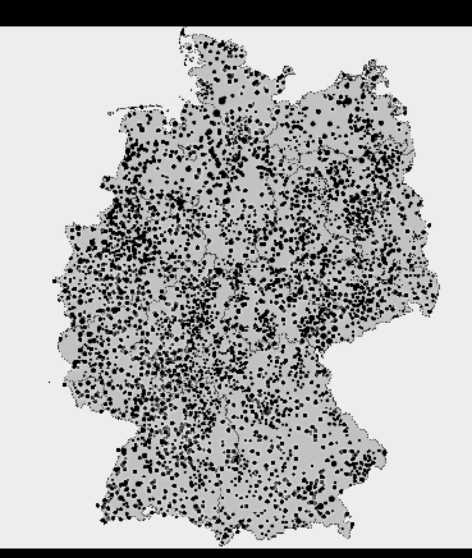
Bemerkenswert ist, dass Tino Sorge die Kollateralschäden anspricht und mit diesen argumentiert. Dies hätte man zwar bereits vor 27 Monaten tun müssen, aber besser spät als nie. Am 1. Mai 2020 habe ich praktisch alle Bundestagsabgeordneten in einem offenen Brief angeschrieben und unter anderen die folgende Frage gestellt: »Wurden im Deutschen Bundestag die möglichen massiven Folgen eines und daraus möglicherweise resultierende Todesfälle in der Bevölkerung diskutiert? Gab es eine Güterabwägung? Beispielsweise bezüglich der nachfolgend genannten potentiellen negativen Folgen eines *Lockdowns*: [...]«

Im Mai 2020 habe ich auf meine vielfältigen Fragen keine zufriedenstellende Antwort erhalten. Keine Partei hat sich damals ernsthaft mit den negativen Folgen dieser wahnsinnigen Politik befasst. Die Politik hat spätestens im Frühjahr 2020 verstanden, dass man mit Angst besser regieren kann. Es ging bei den Maßnahmen nie um Gesundheit, es wird nie um Gesundheit gehen. Es geht um Macht und Kontrolle.

Selbst wenn evaluiert werden sollte, dass manche Maßnahmen geeignet waren, dann bedeutet das noch lange nicht, dass man diese wieder einführen darf. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gilt nach wie vor. Die Maßnahmen waren von Beginn an weder geeignet noch erforderlich. Ich habe das bereits am 1. Mai 2020 aufgezeigt, und an diesem Ergebnis hat sich bis heute nichts geändert. Trotzdem werden machthungrige Politiker in Berlin versuchen, weitere Maßnahmen durchzusetzen, um das Volk zu nötigen und zu kontrollieren. Dies wird erst dann aufhören, wenn die Menschen aufhören mitzumachen.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG
ALTDÖBERN, 19 Uhr, Marktstr. 9 – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – BAD LIEBENWERDA, BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Alte Pfarrkirche – EISENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ELSTERWERDA, 18:30 Uhr, am Markt – HALBERSTADT, 19 Uhr, Domplatz – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HILDBURGSHAUSEN, 19 Uhr, an der Wacholderschänke – HOHENMÖLSEN, 18 Uhr, am Rathaus – IDSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KROFDORF-WETTENBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – MELSUNGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MICHELSTADT, 18 Uhr, auf dem Bienenmarktgelände – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSCHERSLEBEN, 18 Uhr, Marktplatz – OSTERBURG, 17 Uhr, am Bahnhof – SCHMALKALDEN, 19 Uhr, Altmarkt – SONDERSHAUSEN, 18 Uhr, Innenstadt – STRALSUND, 18 Uhr, Olaf-Palme-Platz – WITTENBURG, 18:30 Uhr, auf dem Marktplatz – ZEULENRODA, 19 Uhr, Marktplatz – ZIEGENRÜCK, 19 Uhr, an der Bushaltestelle-Saalestr.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Fr, 18.6.2022 11-17 Uhr	Berlin, Strasse des 17.Juni	Umzug
Sa, 18.6.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.6.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 18.6.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 18.6.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.6.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Demo
Sa, 18.6.2022 15:30-20 Uhr	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon
Sa, 18.6.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 18.6.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 18.6.2022 18-20 Uhr	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo
Sa, 18.6.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 18.6.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 18.6.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 18.6.2022 13:30-17 Uhr	Heilbronn, an der Harmonie	Aufzug
Sa, 18.6.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 18.6.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 18.6.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.6.22 15-17 Uhr	Leipzig, Kurt-Masur-Platz	Spaziergang
Sa, 18.6.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 19.6.2022 14-17:30 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Demoaufzug
So, 19.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 19.6.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 19.6.2022 17-20 Uhr	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang
So, 19.6.2022 16-18 Uhr	Schweinfurt, Marktplatz	Aufzug
Mo, 20.6.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 19-22 Uhr	Bad-Kreuznach, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-21 Uhr	Bad Neustadt, Marktplatz	Demo
Mo, 20.6.2022 18-21 Uhr	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 19-20:30 Uhr	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung
Mo, 20.6.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 17:15-19:15 Uhr	Berlin-Weissensee, Antonplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz, Bhf.	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 20.6.2022 18:30-19:30 Uhr	Crailsheim, Volksfestplatz	Montagsspaziergang
Mo, 20.6.2022 17-21 Uhr	Darmstadt, Friedensplatz	Mahnwache
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 17:30-19 Uhr	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo
Mo, 20.6.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 20.6.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 20.6.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 20.6.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 19-21 Uhr	Papenburg, Antoniuskirche	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 20.6.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 20.6.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 20.6.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 20.6.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 20.6.2022 18:30-20 Uhr	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Spaziergang
Mo, 20.6.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Mo, 20.6.2022 18-19:30 Uhr	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo
Di, 21.6.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 21.6.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.6.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 21.6.2022 18-19 Uhr	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang
Di, 21.6.2022 18-19 Uhr	Vechelde, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.6.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 21.6.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 22.6.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 22.6.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 22.6.2022 18-20 Uhr	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang
Mi, 22.6.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 22.6.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 22.6.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 22.6.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 22.6.2022 17:30-19 Uhr	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf	Spaziergang
Do, 23.6.2022 18-21 Uhr	Bad Kissingen, Landratsamt	Demoaufzug
Do, 23.6.2022 16-18 Uhr	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Nachbarschaftsdialog
Do, 23.6.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 23.6.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 23.6.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 23.6.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 23.6.2022 18-19 Uhr	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung
Do, 23.6.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 23.6.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 24.6.2022 16-19 Uhr	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache
Fr, 24.6.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 25.6.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 25.6.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.6.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.6.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug und Demo
Sa, 25.6.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 25.6.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 25.6.2022 14-20 Uhr	Frankfurt, Grüneburgpark	GROSSDEMO
Sa, 25.5.2022 14-17 Uhr	Fulda, Universitätsplatz	Demo
Sa, 25.6.2022 11-17 Uhr	Hohen Neuendorf, gegenüber den Rathausplatz	BÜRGERMEILE
Sa, 25.6.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 25.6.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 25.6.22 15-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz am Mendebrunnen	Spaziergang
Sa, 25.6.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
So, 26.6.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 26.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 26.6.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 26.6.2022 17-20 Uhr	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Bad Neustadt, Marktplatz	Demo
Do, 30.6.2022 18-21 Uhr	Bad Kissingen, Landratsamt	Demo
Fr, 1.7.2022 17:30-21 Uhr	Berlin, Schönhauser Allee 36,direkt am Eingang Kulturbrauerei	DEMO+ TAFELRUNDE
Sa, 2.7.2022 15-21 Uhr	Berlin, Volkspark Friedrichshain	Kundgebung
Do, 2.7.22 15-17 Uhr	Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz	Spaziergang
Sa, 2.7.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 30.7.2022 13-20 Uhr	Berlin	GROSSDEMO
Sa, 1.8.2022 13-20 Uhr	Berlin	GROSSDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



GEGESSEN WIRD,WAS AUF DEN TISCH KOMMT

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Das Kartoffeltheorem ist auf viele Bereiche des Lebens übertragbar. Jeder Mitarbeiter einer Behörde kennt die Bedeutung von Vorschriften, Dienst- und Geschäftsanweisungen.

Das Kartoffeltheorem wird häufig als Vorlage zu entsprechenden Übertragungen verwendet. »Nun haben wir die Regelung nach so vielen Besprechungen erlassen, jetzt muss sie auch angewendet werden.« Offenbar zeigt sich das Kartoffeltheorem als Gradmesser, wie Verwaltung funktioniert und wie innovativ in der jeweiligen Behörde beziehungsweise dem Amt gearbeitet wird. Es geht eben stetig aufwärts. Kennerwissen um die Bedeutung des Parkinson'schen Gesetzes, wonach ab einer gewissen Größe der Behörde sich diese weitgehend um sich selbst kümmert.

Der steuerzahlende Bürger sollte die funktionellen Abläufe möglichst wenig stören. Jeder hat in seiner Berufszeit gewiss schon einen Amtswalter kennengelernt, der stolz von sich behauptet hat, dass ihm hinsichtlich der Dienst- und Geschäftsanweisungen und sonstiger behördlicher Bestimmungen keiner etwas vormacht.

Das Kartoffeltheorem als Sollvorschrift bewahrt uns vor Pragmatismus, vor kurzen Dienstwegen, Entscheidungen ohne weitere Genehmigungen, Kreativität und sonstigen Handlungsoptionen bei situativen Sachzwängen.

Mit Covid-19 hat das Kartoffeltheorem auch ins polizeiliche Einsatzverhalten seinen Einzug gehalten. Plötzlich gab es Verordnungen und gesetzliche Regelungen, die im täglichen Dienst überwacht werden mussten. Menschen wurden Betroffene von Ordnungswidrigkeiten und Verdächtige von Straftaten, die ansonsten nie Adressaten polizeilicher Maßnahmen geworden wären.

Motto von vielen pflichtbewussten Exekutivbeamten: »Jetzt haben wir Corona-Regeln, dann werden wir auch für deren Einhaltung sorgen.« So fuhren Beamte von Hundertschaften, eng in ihren Gruppenwagen sitzend, zu den neuen Brennpunkten oder zu Versammlungen, stiegen aus ihren Fahrzeugen, um dann unter anderem die Einhaltung des jeweiligen Mindestabstands von 1,5 Meter von Mensch zu Mensch mit Zollstökken zu kontrollieren.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: echte-polizisten.de und über das Projekt Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.

»An solcher Namen echte Währung«

Am 25. Juni kommen Demokratinnen und Demokraten aus Griechenland, Italien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland in Frankfurt am Main zusammen. Offiziell beginnt der Zug »Europeans United« (Europäer gemeinsam) um 14 Uhr am Grüneburgplatz und zieht zum Hauptgebäude der Europäischen Zentralbank, EZB. Im Folgenden: Wilhelm Tell, 1. Aufzug, 4. Szene.

Von Friedrich Schiller

Melchtal:
Nichts als den Stab dem augenlosen Greis!
Alles geraubt, und auch das Licht der Sonne,
Des Ärmsten allgemeines Gut – Jetzt rede
Mir keiner mehr von Bleiben, von Verbergen!
Was für ein feiger Elender bin ich,
Dass ich auf meine Sicherheit gedacht,
Und nicht auf deine – dein geliebtes Haupt
Als Pfand gelassen in des Wütrichs Händen!
Feigherz'ge Vorsicht fahre hin – Auf nichts
Als blutige Vergeltung will ich denken,
Hinüber will ich – keiner soll mich halten –
Des Vaters Auge von dem Landvogt fordern –
Aus allen seinen Reisigen heraus
Will ich ihn finden – Nichts liegt mir am Leben,
Wenn ich den heissen ungeheuren Schmerz
In seinem Lebensblute kühle. Er will gehen.

Walther Fürst:
Bleibt!
Was könnt Ihr gegen ihn? Er sitzt zu Sarnen
Auf seiner hohen Herrenburg und spottet
Ohnmächt'gen Zorns in seiner sichern Feste.

Melchtal:
Und wohnt' er droben auf dem Eispalast
Des Schreckhorns oder höher, wo die Jungfrau
Seit Ewigkeit verschleiert sitzt – Ich mache
Mir Bahn zu ihm, mit zwanzig Jünglingen
Gesinnt wie ich, zerbrech ich seine Feste.
Und wenn mir niemand folgt, und wenn ihr alle
Für eure Hütten bang und eure Herden,
Euch dem Tyrannenjoche beugt – die Hirten
Will ich zusammenrufen im Gebirg,
Dort unterm freien Himmelsdache, wo
Der Sinn noch frisch ist und das Herz gesund,
Das ungeheuer Grässliche erzählen.

Stauffacher zu Walther Fürst:
Es ist auf seinem Gipfel – wollen wir
Erwarten, bis das Äusserste –

Melchtal:
Welch Äusserstes
Ist noch zu fürchten, wenn der Stern des Auges
In seiner Höhle nicht mehr sicher ist?
– Sind wir denn wehrlos? Wozu lernten wir
Die Armbrust spannen und die schwere Wucht
Der Streitaxt schwingen? Jedem Wesen ward
Ein Notgewehr in der Verzweiflungsangst,
Es stellt sich der erschöpfte Hirsch und zeigt
Der Meute sein gefürchtetes Geweih.
Die Gemse reisst den Jäger in den Abgrund –
Der Pflugstier, der die ungeheure Kraft
Des Halses duldsam unters Joch gebogen,
Springt auf, gereizt, wetzt sein gewaltig Horn,
Und schleudert seinen Feind den Wolken zu.

Walther Fürst:
Wenn die drei Lande dächten wie wir drei,
So möchten wir vielleicht etwas vermögen.

Stauffacher:
Wenn Uri ruft, wenn Unterwalden hilft,
Der Schwyzer wird die alten Bünde ehren.

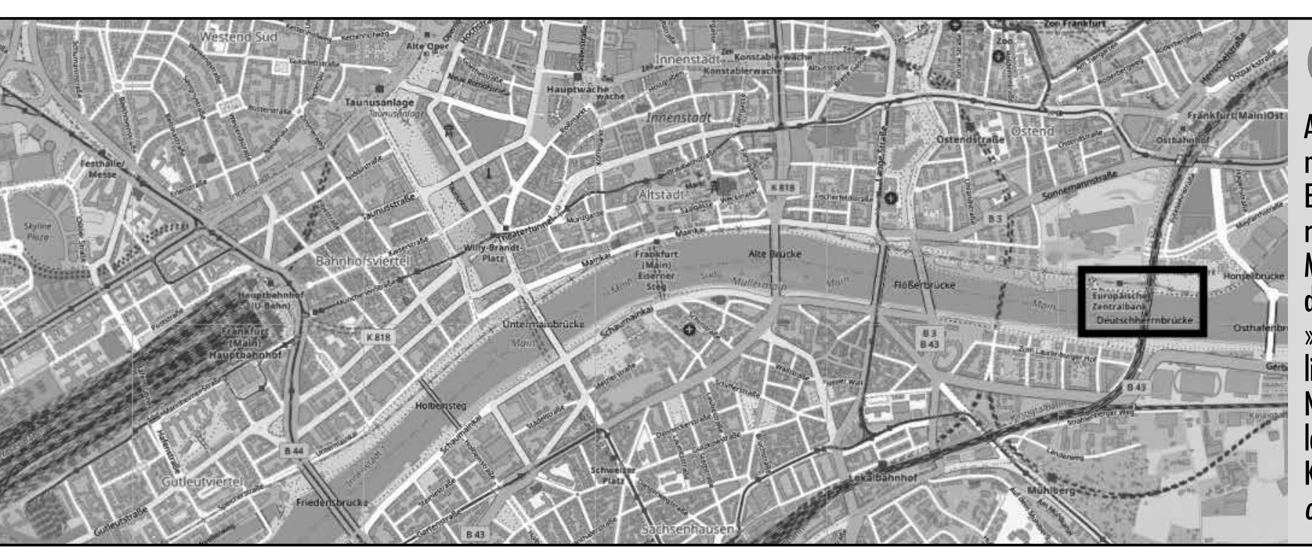
Melchtal:
Gross ist in Unterwalden meine Freundschaft,
Und jeder wagt mit Freuden Leib und Blut,
Wenn er am andern einen Rücken hat
Und Schirm – O fromme Väter dieses Landes!
Ich stehe nur ein Jüngling zwischen euch,
Den Vielerfahrnen – meine Stimme muss
Bescheiden schweigen in der Landsgemeinde.
Nicht weil ich jung bin und nicht viel erlebte,
Verachtet meinen Rat und meine Rede,
Nicht lüstern jugendliches Blut, mich treibt
Des höchsten Jammers schmerzliche Gewalt,
Was auch den Stein des Felsen muss erbarmen.
Ihr selbst seid Väter, Häupter eines Hauses,
Und wünscht euch einen tugendhaften Sohn,
Der eures Hauptes heil'ge Locken ehre,
Und euch den Stern des Auges fromm bewache.
O weil ihr selbst an eurem Leib und Gut
Noch nichts erlitten, eure Augen sich
Noch frisch und hell in ihren Kreisen regen,
So sei euch darum unsre Not nicht fremd.
Auch über euch hängt das Tyrannenschwert,
Ihr habt das Land von Östreich abgewendet,
Kein anderes war meines Vaters Unrecht,
Ihr seid in gleicher Mitschuld und Verdammnis.

Stauffacher zu Walther Fürst:
Beschliesset Ihr, ich bin bereit zu folgen.

Walther Fürst:
Wir wollen hören, was die edeln Herrn
Von Sillinen, von Attinghausen raten –
Ihr Name, denk ich, wird uns Freunde werben.

Melchtal:
Wo ist ein Name in dem Waldgebirg
Ehrwürdiger als Eurer und der Eure?
An solcher Namen echte Währung glaubt
Das Volk, sie haben guten Klang im Lande.
Ihr habt ein reiches Erb von Vätertugend,
Und habt es selber reich vermehrt – Was braucht's
Des Edelmanns? Lasst's uns allein vollenden.
Wären wir doch allein im Land! Ich meine,
Wir wollten uns schon selbst zu schirmen wissen.

Stauffacher:
Die Edeln drängt nicht gleiche Not mit uns,
Der Strom, der in den Niederungen wütet,
Bis jetzt hat er die Höhn noch nicht erreicht –
Doch ihre Hülfe wird uns nicht entstehn,
Wenn sie das Land in Waffen erst erblicken.



GROßDEMO

Am 25. Juni 2022 wollen Demokratiebewegte aus ganz Europa die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main besichtigen. Leidtragende der Verarmungswährung »Euro« aus Griechenland, Italien, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland haben sich angekündigt. Karte: DW mit Material von *openstreetmaps.org*

MELDUNG



Foto: drwalterweber.de

ARZT VON REGIERUNGSBANDEN ZWEITES MAL ÜBERFALLEN

Hamburg/DW. Der Gründer der Ärzte für Aufklärung, Preisträger der Republik und hochangesehene Arzt Dr. Walter Weber wurde am 15. Juni 2022 wiederum von Repressionstruppen der Regierung überfallen. Die Polizeirazzia mit 15 schwerbewaffneten Polizisten fand beim Hamburger Stadtpark in den Privaträumen des Arztes statt. Am Vortag hatte Weber eine Rede vor dem Paul-Ehrlich-Institut gehalten. *Online*-Kommentar einer Wissenschaftlerin: »So geht man mit mutigen und aufrechten Kollegen um! Diese Verbrecher, die so etwas anordnen und zulassen, sollten sich in Grund und Boden schämen!« (ale)



Foto: t.me/neuesausrussland

ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN RUSSLAND-REPORTERIN

Berlin/DW. Laut einer Meldung auf der *Online*-Plattform *anti-spiegel.ru* ermittelt eine deutsche Staatsanwaltschaft gegen die Journalistin Alina Lipp. Für ihre Vor-Ort-Berichterstattung aus dem ukrainisch-russischen Kriegsgebiet drohen ihr im Falle einer Verurteilung bis zu drei Jahre Haft. Der jungen Journalistin werde nach § 73 StGB die »Belohnung und Billigung von Straftaten« vorgeworfen. Anfang Mai wurden ihr bereits 1.600 Euro unter Angabe eines Aktenzeichens abgebucht. Die Willkür der politisch gesteuerten deutschen Justiz nimmt immer absurdere Ausmaße an. (ber)

FREIHEITSFON

Stuttgart/DW. Der IT-Unternehmer und Gründer der Demokratiebewegung Querdenken-711, Michael Ballweg, hat eine erste Alternative zu »spionierenden« Smartphones von Apple und Konsorten aufgesetzt. Er bietet vergleichsweise günstige tragbare »Freedom Phones« unbekannter Hersteller an, ausgerüstet mit Software ohne Reklame und »Datenkraken«. Ein oberflächlicher Praxistest in der Redaktion fiel gut bis sehr gut aus. (ale)

»Die Routinen sind der Treibstoff für mein Leben«

Oder »Der Minister hätte Angst gehabt« | Von Hannes Henkelmann

Ein Jahr nach unserem Interview habe ich Herrn Vetter in Bamberg getroffen und ihn gebeten, zu erzählen, wie es in seinem Leben weitergegangen ist.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Ich heiße Christian Vetter. Ich bin 34 Jahre alt, ledig und lebe in Kronach im Frankenland. Ich habe Asperger-Autismus. Das ist eine Wahrnehmungsstörung mit Kommunikationsschwierigkeiten.

Sie lebten zuletzt in Dortmund. Warum sind Sie umgezogen?
Elf Jahre habe ich als Verwaltungsfachkraft bei der Stadt Dortmund gearbeitet, bis ich im letzten Jahr gekündigt worden bin. Die Schwierigkeiten mit meinem Arbeitgeber begannen, als ich auf einer Demo dazu aufgerufen habe, das Gesundheitsamt Dortmund anzuzeigen. Meiner Meinung nach verstoßen die Corona-Maßnahmen gegen unsere Grundrechte. Und ich werfe der Behörde vor, dass sie den Todesfällen im Zusammenhang mit der Impfung nicht nachgegangen ist. Später habe ich dann den Briefverkehr mit meinem damaligen Arbeitgeber auf Telegram veröffentlicht und geschrieben, dass ich mich von Söldnern und Staatsdiener nicht einschüchtern lassen würde. Dies war letztendlich der Kündigungsgrund. Anschließend bin ich zurück in meine alten Heimatstadt Kronach gezogen.

Haben Sie den Umzug bereut?
Nein, ganz im Gegenteil. Ich bin sehr froh darüber, dass ich wieder hier lebe. Ich habe zwar noch keine neue Anstellung, aber dafür jede Menge Zeit, um durch die Fichtenwälder zu wandern. Zudem bin ich dem Verein »Sonneberg zeigt Gesicht« und der Partei dieBasis in Bamberg/Coburg beigetreten. Sie sehen, ich bin immer noch im Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen aktiv. Ab und zu halte ich auf den Kundgebungen auch eine Rede.



Für den Asperger-Autisten Christian ist das Leben unter dem Corona-Regime die Hölle.
Foto: Hannes Henkelmann

Worüber sprechen Sie bei diesen Gelegenheiten?
Unter anderem darüber, dass mein Leben als Autist nicht leicht ist, aber dass es seit Beginn der Corona-Maßnahmen die Hölle ist.

Können Sie das näher erläutern?
Schon vor Corona litt ich an Depressionen. Dennoch konnte ich Dinge machen, welche mir Freude bereiteten, wie Weihnachtsmarktbesuche, Einkaufsbummel, meine Teilnahme an der Selbsthilfegruppe und an einem inklusiven Filmprojekt und so weiter. Dies war alles unter Corona zum größten Teil nicht mehr möglich. Ich brauche aber feste Strukturen. Die geben mir Sicherheit im Leben. Dinge, die mir Freude bereiten, brauche ich um zu funktionieren. Die Routinen sind der Treibstoff für mein Leben. Sind sie nicht gegeben, bin ich psychisch nicht arbeitsfähig. Und auch die Masken setzten mir zu. Ich kann dann die Gesichtsausdrücke meiner Mitmenschen nicht mehr erkennen, was für mich als Asperger-Autist besonders schlimm ist.

Kommen wir kurz auf Ihre Begegnung mit dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn zu sprechen. Im August 2020 wollten Sie ihm nach einer Veranstaltung in Dortmund einen kurzen Fragenkatalog bezüglich seiner Corona-Politik überreichen. Sie fingen ihn deshalb an seinem Dienstwagen ab, aber Spahn sprach nicht mit Ihnen, sondern ließ Sie umgehend von der Polizei wegtragen. Hatte dieser Vorfall ein juristisches Nachspiel?
Es war demütigend für mich, als die Beamten mich weggetragen haben. Im Anschluss gab es noch die klare Ansage, solche Aktionen in Zukunft zu unterlassen. Und die Information, dass der Minister Angst vor mir gehabt hätte. Rechtliche Konsequenzen hat es nicht gehabt, aber dafür habe ich inzwischen noch andere Verfahren am Laufen. Zum Glück steht mir der Anwalt Dirk Sattelmaier bei.

Was wird Ihnen vorgeworfen?
Unter anderem Widerstand gegen die Staatsgewalt und der Vorwurf des tätlichen Angriffs auf einen Beamten. Der Vorfall ereignete sich 2021 in Köln. Auf einer Demo wollte die Polizei mein Maskenattest prüfen. Ich sagte zu den Beamten, dass sie das Dokument gerne sehen aber nicht fotografieren dürfen, und dass ich es nicht aus der Hand geben würde. Dennoch riss man mir das Attest aus der Hand. Dann ging alles schnell. Ich wollte es mir zurückholen, worauf mich ein Polizist packte und festhielt. Ein halbes Jahr später flatterte ein Strafbefehl über 3.000 Euro ins Haus. Vorwurf: Widerstand und tätlicher Angriff. Und das obwohl man weder meine Personalien aufgenommen noch mich belehrt hatte. Mir wird unterstellt, ich hätte den Beamten schlagen wollen, was aber nicht der Wahrheit entspricht. Vielleicht habe ich ihn, nachdem er mich gepackt hatte, aus Reflex getreten. Nach dem Einspruch meines Anwalts sollte von einem Gutachter geprüft werden, ob ich als Asperger-Autist überhaupt schuldfähig bin. Dazu wurde ein Gutachter aus einer forensischen Psychiatrie bestellt. Den Experten habe ich abgelehnt, weil ich keinen Fuß in diese Klinik setzen möchte. So wird die Sache wohl per Aktenlage entschieden. Mir ist es egal, ob ich schuldunfähig bin oder nicht, denn die Polizisten haben rechtswidrig gehandelt, indem sie mir das Attest aus der Hand gerissen haben. Ich werde auf jeden Fall weiterkämpfen, ich lasse mich nicht brechen.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

WAHNSINNSKOLUMNE

Viele Grüße an Nadine Strotmann. Ihre Kolumne »Weekly Wahnsinn« ist einfach nur herrlich. Was hab ich schon »kichern« müssen. Trotz des nahezu totalen und permanenten Wahnsinns *everywhere* & *everytime*. ;-). Was haben wir nur für Pappnasen als »ReGIE-Rung« da rumeumeln. Da waren die Kabinettsmitglieder eines Elmüt Köhl ja noch besser.
– Jörg K., Italien

BEGEISTERUNG

Vielen, vielen Dank, dass ich diese hervorragende Zeitung kennenlernen durfte. Mein erstes Exemplar erhielt ich von einem Verteiler während einer Demo. Seitdem bin ich total begeistert. DW vermittelt mir in dieser schwierigen Zeit Hintergrundwissen zu allen wichtigen Themen, was ich sonst nie bekommen würde. Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe.
– Renate L., Kahla

BAYERISCHE FREIHEITSHYMNE

Ich finde es super, dass Ihr uns nicht nur politisch und rechtlich auf dem Laufenden haltet, sondern auch für Sport, Kunst und Kultur ein paar Zeilen übrig habt. Es sollten aber nicht nur die bereits allseits bekannten Künstler erwähnt werden. Ganz speziell möchte ich hier Fred Guggenberger erwähnen, sein Lied »Freiheit« ist inzwischen unsere Hymne auf den Spaziergängen.
– Susanne M., Heldenstein/Oberbayern

ZUVERSICHT

Danke, dass es Euch gibt. Das gibt uns mit jeder Ausgabe Hoffnung, dass immer mehr Menschen wach werden und wir die Demokratie und ein freies Leben in Frieden gemeinsam wiederherstellen werden!
– Ralf K., Schwarzwald

Eure wertvolle Zeitung habe ich immer sehr interessiert gelesen und dann auch weitergegeben. Vielen Dank an alle Mitarbeiter! Für mich ist es hier mittlerweile unerträglich geworden und daher werde ich Deutschland verlassen.
– Viola B.

Ich war bis jetzt immer »am Ball«, oft zum Montagsspaziergang, hab viele Bücher gelesen zum Thema Covid. Jetzt brauch ich Ruhe, ich kann nicht mehr, wie viele andere Bürger auch. Vorerst muss ich mich selbst schützen, ansonsten lande ich beim Arzt und bekomme Beruhigungsmittel. Ich will zurück in die Freiheit. Ich schaue seit 12 Jahren kein Fernsehen. Mein Gemüse vom Acker schmeckt, meine Hühner belügen mich nicht, mein Auto hab ich verkauft. Ich wünsche Euch viel Glück und Erfolg, haltet durch! MfG
– Torsten B.



Ölfeld in Panjin: Die Volksrepublik China möchte kein billiger Rohstofflieferant mehr sein, sondern alles bis zum Endprodukt selbst in die Hand nehmen. Foto: Yoshi Canopus

Geopolitik der Rohstoffe

EU-Kommissar Thierry Breton möchte gerne lieber gestern als heute die einseitige Abhängigkeit von russischen und chinesischen Rohstoffen beenden. | Von Hermann Ploppa

Jetzt müsse endlich »Schluss sein mit der Ära der Naivität«. So ließ sich Thierry Breton vernehmen. Europa sei einseitig abhängig bei der Rohstoffbeschaffung von China und Russland. Wir müssen endlich strategisch denken und eine »Geopolitik der Rohstoffe« entwickeln.

Darum hat der EU-Kommissar, zuständig für den europäischen Binnenmarkt sowie für Verteidigung und Raumfahrt, einen Gesetzentwurf formulieren lassen, den so genannten »Raw Materials Act«. Also zu Deutsch: Gesetz für Rohstoffe. Im Entwurf heißt es: Die »übermäßige Abhängigkeit Europas von kritischen Materialien, die oft nur aus einem Land stammen, wird immer riskanter.« Mit »kritischen Materialien« handelt es sich in erster Linie um sogenannte Seltene Erden (die gar nicht so selten sind); um Kobalt, Lithium und Magnesium. Die geplante Digitalisierung und die Elektrifizierung des Verkehrs sind ohne diese Stoffe undenkbar. Es betrifft im Einzelnen die Herstellung von: Halbleitern, Elektronik, Robotik, Batterien, Elektromotoren oder auch Solarzellen.

Thierry Breton kommt übrigens, wie alle tonangebenden Hierarchen der Europäischen Union, aus der Hochfinanz. Breton hat vor seiner politischen Karriere vornehmlich französische Großkonzerne »saniert«. Sanieren bedeutet heutzutage immer: Wirtschaftsbetriebe durch Fusionen und Ankäufe so zurecht zu modellieren, dass Spekulanten an der Börse die neu arrangierten Häppchen optimal verdauen können. Das hat Breton so gut gemacht, dass er zuerst Finanzminister in Frankreich wurde und eben jetzt Kommissar, also quasi Minister, in der EU. Sein geplantes Rohstoffgesetz sieht als Ausweg aus der Abhängigkeit von fremden Rohstoffen drei Maßnahmen vor: zum einen Selbstversorgung, zweitens Sparsamkeit im Umgang mit Rohstoffen und drittens Recycling bereits im Umlauf befindlicher Rohstoffe aus ausgedienten Endprodukten.

SELBSTVERSORGUNG NICHT ZUMUTBAR

Nun, mit der Selbstversorgung ist das so eine Sache. Es gibt zwar in Europa Landstriche mit Lithium- oder Magnesium-Vorkommen, die in der Erde schlummern. Bislang hat man sie jedoch aus guten Gründen nicht geborgen. Zum einen wäre die Förderung nicht rentabel. Zum anderen würde die Landschaft nicht unerheblich zerstört – was zu Recht politische Widerstände in der Region hervorrufen würde. Es wurden in der Vergangenheit Versuche unternommen, in Storkwitz bei Delitsch in Sachsen Seltene Erden zu fördern. Allerdings wurde der Versuch abgebrochen, weil das Unternehmen vollkommen unrentabel war.

Im Rahmen der De-Industrialisierung Europas seit den 1970er Jahren wurden alle schmutzigen und umweltverbrauchenden Wirtschaftszweige großräumig in die Länder der so genannten Dritten Welt verlagert. So sind jetzt ganze Regionen in Südostasien komplett ruiniert. Die Arbeiter haben keine große Lebenserwartung. Die Löhne sind unterirdisch. Ein trauriger Höhepunkt in puncto Umwelt- und Menschenverbrauch ist Bayan Obo in der Inneren Mongolei, die zur Volksrepublik China gehört. Hier werden Seltene Erden, insbesondere Thorium im Tagebau gefördert. Anstatt Natur gibt es hier eine Abwasserlache von zehn Millionen Kubikmeter jedes Jahr, voll mit radioaktivem Thorium, Flusssäure, Schwefelsäure. Lungenkrebs ist in dieser Region überdurchschnittlich vertreten und die Wüste breitet sich immer mehr aus.

Unsere ach so grünen neuen Technologien ziehen eine Spur der Verwüstung hinter sich her. So etwas ist den Bürgern in Europa schlicht nicht zuzumuten. Zudem gab es in Deutschland schon einmal in der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs 1936 einen Vierjahresplan, durch den Deutschland unabhängig von Importen von Erdöl oder Metallen gemacht werden sollte. Die so genannten Hermann-Göring-Werke waren ein kompletter Reinfall. Ähnliche Ergebnisse dürften auch Versuche auf europäischer Ebene erbringen.

Wie sieht denn die Marktlage für Rohstoffe aus? Lithium zum Beispiel erhalten wir zu zwei Dritteln aus Australien. Der größte Exporteur von Lithium ist Chile. Und Chile wiederum liefert seine Rohstoffe nach China, denn China ist weltweit führend in der Veredelung von Lithium. Kobalt wiederum kommt zu über 80 Prozent aus dem Kongo. Er wird dort unter steinzeitlichen Verhältnissen unter Tage gefördert von Kindern, die in die engen Stollen passen, und die im Erwachsenenalter bereits alt und verbraucht sind. Hier wird auch das für die Handy-Produktion unerlässliche Coltan gefördert. Damit der Staat Kongo möglichst nichts von den üppigen Profiten dieser kaum kaschierten Sklaverei abbekommt, wurden so genannte Bürgerkriege angezettelt, in deren Folge bislang fünf Millionen Menschen zu Tode gekommen sind. Bei Kobalt besteht also überhaupt keine Abhängigkeit von China oder Russland. Beim Magnesium allerdings ist China der mit Abstand bedeutendste Lieferant, gefolgt von Russland.

DAS GROSSE SUCHEN KANN BEGINNEN

Es bleibt also für die europäische Industrie, will sie an politisch problemlose und ausreichend große Förderflächen herankommen, nur die Suche nach wenig besiedelten Regionen außerhalb Europas. Die findet man im Falle der Seltenen Erden in Mount Weld in West-Australien oder aber in Südgrönland. Dass allerdings die Verknappung der Rohstoffe nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun hat, sondern strukturelle Gründe hat, das wussten die Meisterdenker der Europäischen Union schon lange. Denn die Kommunistische Partei der Volksrepublik China hat in ihrem aktuellen Fünfjahresplan festgelegt, dass China nicht länger billiger Rohstofflieferant der angloamerikanischen Hemisphäre sein will. Sondern vielmehr von der Rohstoff-Förderung bis zum hochanspruchsvollen Endprodukt alles selber in die Hand nehmen will. Qualität statt Quantität.

Die allerschlimmsten Menschenschinder- und Umweltschmutzklitschen für Seltene Erden sind mittlerweile geschlossen. Es gilt, stattdessen Premium-Produzent der Welt zu werden. Das ist die eigentliche Bedrohung für die westliche Wertegemeinschaft. Deswegen wurde von der EU bereits im Jahre 2020 der »Raw Materials Action Plan« ausgearbeitet. Damals rief die pure Andeutung, in Portugal und andernorts in Europa könnte jetzt die Landschaft nachhaltig ruiniert werden, Umweltschutzverbände auf den Plan. Doch sind die Planungen der EU immer nur ein Echo von Planungen der einschlägigen Unternehmerverbände. In diesem Fall hat die »Europeans Raw Material Alliance« den Souffleur für EU-Kommissar Thierry Breton abgegeben. Und hinter dieser Rohstoffallianz steht das »European Institute for Innovation and Technology«. In dessen Vorstand sitzen arbeitgebernahe Professoren, aber auch Vertreter von Unternehmensberatungsfirmen wie Deloitte oder auch Martina Larkin, ihres Zeichens Europa- und Asienchefin des Weltwirtschaftsforums.

EU MUSS PRIORITÄTEN SETZEN

Und obgleich diese klugen Köpfe ganz genau wissen, dass die Rohstoffproblematik strukturelle Gründe hat, wird der Öffentlichkeit die Sache so verkauft, als wäre die Abhängigkeit von russischen und chinesischen Rohstoffen eine perfide Kriegslist der beiden Länder. Der Ökonom des Unternehmer-Lobby-Instituts der Wirtschaft (IW) Jürgen Matthes gibt sich kriegslustig: »Nachhaltigkeitsziele sind wichtig und unverzichtbar, aber sie dürfen nicht zur dominierenden Priorität werden, wenn geostrategische Ziele dabei auf der Strecke bleiben.«

Auf Deutsch: Um in den Krieg gehen zu können, müssen die deutschen Unternehmer empfindliche Einbußen hinnehmen. Das macht deutlich, dass auch die deutschen Unternehmer nicht wirklich frei sind. Vielmehr sind sie durch die korporatistische Vereinigungen fest eingebunden in die Kriegsräson der angloamerikanisch bestimmten westlichen Wertegemeinschaft. Eine wirklich zukunftsweisende Rohstoffpolitik würde sich energisch bemühen, neue umwelt- und sozialverträgliche Werkstoffe zu entwickeln. Und sich im Übrigen vom verheerenden Wachstumswahn zu verabschieden.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Sanktionen gegen Russland gehen nach hinten los

Eigentlich sollte der Verzicht auf russisches Öl den Kreml in die Knie zwingen. Tatsächlich jedoch hat Russland mit Öl noch nie so viel Geld verdient wie jetzt. | Von Hermann Ploppa



Vom Krieg profitieren die selbsternannten »Eliten«, nur der Frieden bringt Glück und Wohlstand für alle Völker. Foto: Georgi Belickin

Neulich wurde der Sicherheitsbeauftragte der US-Regierung Amos Hochstein vor den Washingtoner Kongress geladen. Er sollte Auskunft geben, wie sich die Sanktionen gegen Russland nach dem Ukraine-Krieg ausgewirkt haben. Hochstein musste den Abgeordneten offenbaren, dass Russland jetzt viel größere Einnahmen aus dem Ölexport bezieht als vor dem Krieg.

Das Öl kaufen statt den USA und die Europäische Union jetzt Länder in Asien. Zudem habe sich nach dem Ende der Corona-Beschränkungen ein Nachholbedarf auf dem Energiemarkt herausgebildet, der ist »viel größer, viel stärker als irgendjemand vorausgesagt hat«. In den 1980er Jahren konnten die USA zusammen mit Saudi-Arabien noch die damalige Sowjetunion durch ein kartelliertes Preis-*Dumping* in den Zusammenbruch treiben. Das heutige Russland in den Kollaps zu manövrieren hat sich jetzt als sehr viel schwierigere Kür erwiesen.

Es gibt einfach mittlerweile zu viele sogenannte Schwellenländer auf dem Weg zur Industrialisierung, deren Durst nach fossiler Energie fast unstillbar erscheint. Und diese Länder sind auch zu selbstbewusst und zu stark, um weiterhin nach der Pfeife aus Wa(r)shington zu tanzen. Indien hatte sich in der Zwischenzeit an die USA angenähert – geht aber jetzt wieder deutlich auf Distanz. Kein Interesse, beim Sanktionskonzert gegen Russland dabei zu sein. Der indische Außenminister Subramanyan Jaishankar machte sich bei einem Symposion in der Slowakei ungeniert lustig über die Doppelmoral des Wertewestens: »Wenn Indien mit dem Ölimport Russlands Krieg finanzieren sollte, dann sage man mir bitte mal, inwiefern russisches Gas denn nicht auch den russischen Krieg finanziert?!« Denn immer noch beziehen wir ja in Europa russisches Gas.

SPRUDELNDE GESCHÄFTE IM OSTEN

Und so ist Russland in Indien nach Kriegsausbruch von Platz zehn der wichtigsten Öl-Lieferanten auf den zweiten Platz vorgerückt. Im gesamten Zeitraum des Jahres 2021 lieferte Russland gerade einmal zwölf Millionen Barrel. In der ersten Hälfte dieses Jahres sind bereits 60 Millionen Barrel geliefert worden. Im Augenblick sind das 870.000 Barrel – pro Tag! Und Indien raffiniert das Rohöl. Auf der Basis des russischen Rohöls verkaufte Indien vor dem Krieg 580.000 Barrel Dieselöl pro Monat – jetzt sind es 685.000 Barrel. Und niemand moniert, dass somit böses russisches Dieselöl auch unsere Zapfsäulen erreicht.

China nahm bereits 2021 1,6 Millionen Barrel russisches Rohöl auf. Und jetzt kommt vermutlich noch spontan Sri Lanka dazu, das sich auch nicht an den US-Sanktionen beteiligt hat. Das Land liegt momentan vollkommen am Boden. Regierungschef Ranil Wickremenesinghe nutzte ein Interview mit einem westlichen Fernsehsender, um gut platziert anzudeuten, wenn der Westen nicht auf Kredit Öl liefert, könne man sich es auch von den Russen holen. Im Moment ist man noch in Verhandlungen für eine Zwischenfinanzierung durch China. Erleichtert wird der Schwenk zu Russland durch einen Rabatt von 30 Dollar pro Barrel auf die 120 Dollar, die das Barrel auf dem Weltmarkt kostet. Und trotzdem schwimmt Russland im Ölgeld. 20 Milliarden Dollar jeden Monat an Exporteinnahmen, allein aus dem Ölgeschäft.

WERTEWESTEN WIRD NICHT MEHR ERNSTGENOMMEN

So langsam dämmert es sogar den Eliten im Wertewesten, dass sie sich gerade massiv in die Finger geschnitten haben. Und dass der Nimbus der Unbesiegbarkeit ein für alle Mal dahin ist. Jetzt geht es um geräuschlose Schadensbegrenzung. Schon vor ein paar Monaten dämmerte es US-Präsident Joe Biden, dass Venezuela vielleicht angesichts der Versorgungsengpässe doch gar nicht so unsympathisch ist wie immer gedacht.

Vorsichtig wird über eine Lockerung der Daumenschrauben gegen das sanktionsgeplagte Venezuela nachgedacht. Und weil man in Washington auch ein bisschen Mitleid mit den europäischen »Verbündeten« hat, lockert die US-Regierung auch hier die Schrauben. Großzügig dürfen der italienische Ölkonzern ENI und sein spanisches Pendant Repsol venezolanisches Rohöl kaufen. Doch Bidens Freunde vom US-Ölkonzern Chevron sollen auch ein bisschen mit verdienen. Und so kauft Chevron von der venezolanischen Staatsfirma PDVSA das Öl, das wir dann irgendwann in unsere Autos pumpen dürfen. Wahrlich, eine Win-Win-Situation, oder?

MELDUNG

DEUTSCHE FAHREN MUNTER WEITER

Berlin/DW. Eine Auswertung von Navigationsdaten für das *ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus* zeigt, dass deutsche Autofahrer ihr Fahrverhalten trotz der steigenden Spritpreise nicht verändert haben. Somit kann die »grüne« These, Menschen würden weniger oder sparsamer fahren, wenn sie mehr Geld für Treibstoff ausgeben müssen, als widerlegt betrachtet werden. Viele Bürger sind auf das Auto angewiesen und müssen die hohen Preise in Kauf nehmen, da ihnen keine besseren Alternativen – beispielsweise kostenloser und gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr – angeboten werden. (ber)

VERZWEIFELTE NOTENBANKMANÖVER

Washington DC/DW. Der Leitzins der US-Notenbank Federel Reserve Bank (FED) wurde um 0,75 Prozentpunkte erhöht. Somit liegt er in der Spanne von 1,5 bis 1,75 Prozent. Weitere Leitzinserhöhungen sollen in diesem Jahr noch folgen, um die galoppierende Inflation in den Griff zu bekommen. Kritiker der US-Geldpolitik zweifeln allerdings daran, dass die Inflationsspirale überhaupt noch aufgehalten werden kann.

Der renommierte türkische Finanzexperte Hamza Yardımcıoğlu behauptet, dass die Finanzpolitik kein echtes Interesse daran habe, das Geldsystem nachhaltig zu stabilisieren, und einen baldigen gesteuerten Zusammenbruch plane. Sowohl das aktuelle als auch das von der FED geplante Zinsniveau reiche bei weitem nicht aus, die Inflation effektiv einzudämmen. (ber)

ONLINE-UMFRAGEN: WIR FRAGTEN SIE AUF TELEGRAM NACH IHRER MEINUNG.

Wir fragten: »Wie stehen sie zum Klimawandel?«
Vom 11. Juni bis 13. Juni 2022 antworteten 1.690 Leser.

- 1% – Weiß nicht / mag die Frage nicht.
- 1% – Der Klimawandel ist für mich Gesetz. Die Menschheit steht vor Kippunkten, die zur Auslöschung führen.
- 8% – Erderwärmung und Ressourcenprobleme sind real. Eine demokratische Legitimierung der Maßnahmen fehlt.
- 19% – Der Klimawandel ist eine Verschwörung von boshaften Kräften, die die Weltherrschaft wollen.
- 32% – Umwelt- und Naturschutz sind mir wichtig. Beim Klimawandel gibt es aber ganz unterschiedliche Analysen.
- 39% – Der Klimawandel scheint mir überwiegend ein ideologisches Programm zu sein.

Wir fragten: »Nutzen Sie bereits eine freie Kryptowährung jenseits von staatlichen Zentralbanken wie etwa Bitcoin oder sind mit der Technik vertraut und bereit, diese einzusetzen?«
Ab 11. April 2022 erhielten wir 1.877 Antworten.

- 3% – Weiß nicht / mag die Frage nicht.
- 15% – Ja, ich nutze eine freie Kryptowährung oder wäre darauf vorbereitet.
- 41% – Nein, weil ich mich nicht eingehend mit freien Kryptowährungen auseinandergesetzt habe.
- 41% – Nein, weil ich Digitalwährungen generell ablehne, auch wenn sie frei sind.

▸ 90 Prozent bezweifeln Klimawandel der Regierung
▸ 41 Prozent generell gegen Digitalwährung

ZWISCHEN HUNGERKATASTROPHEN UND HIRNGESPINSTEN

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel



Der Frontverlauf in der Ostukraine laut russischen Medien. Stand 15. Juni 2022 *Bild: t.me/riafan_everywhere*

Die Krise in der Ukraine bringt die globale Lebensmittelversorgung vollkommen durcheinander. Viele Experten und auch die Vereinten Nationen warnen vor einer globalen Hungerkatastrophe, die Millionen von Menschen betreffen könnte. Der Westen gibt dabei einzig Russland die Schuld, das durch seinen Einmarsch in die Ukraine die Lebensmittelsicherheit gefährdet hätte und auch jetzt den ukrainischen Weizen sowie andere Agrarprodukte zurückhalte.

Dabei sind es die USA, die eine Lockerung der Sanktionen, die notwendig wäre, um den in der Ukraine befindlichen Weizen zu exportieren, blockieren. Von russischer Seite ist zudem zu vernehmen, dass die Ukraine ein großes Getreidelager angezündet habe, um Tausende Tonnen Lebensmittel willentlich zu vernichten. Die Vereinten Nationen haben schon vor einer Weile vor einer Nahrungsmittelknappheit gewarnt. Diese sei auf schlechte Ernten der vergangenen Jahre, bedingt durch Dürren zurückzuführen. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine sei dabei nicht die Ursache, verschärfe die Krise aber.

MASSENVERGEWALTIGUNGEN FREI ERFUNDEN

In den letzten Wochen gab es von ukrainischer Seite immer wieder Vorwürfe von Massenvergewaltigungen gegenüber russischen Soldaten. Diese wurden einzig von Ljudmila Denisowa, der ukrainischen Ombudsfrau für Menschenrechte erhoben. Mittlerweile haben sich alle Anschuldigungen allerdings als Lügen herausgestellt, welche Denisowa sich ausgedacht hatte. Sogar Kiew musste eingestehen, dass die Meldungen der Ombudsfrau vollkommen frei erfunden waren. Daher wurde sie vom Parlament entlassen. In einem Interview erklärte sie, dass sie sich diese Geschichten ausgedacht habe, um andere Länder dazu zu bringen, die Ukraine in Form von Waffenlieferungen zu unterstützen. Trotzdem verbreiten westliche Medien diese Lügen bis heute, ohne ihre Leser und Zuschauer darüber zu informieren, dass es sich bei den Massenvergewaltigungen um Hirngespinste Denisowas handelt. Damit lügen die westlichen Medien bewusst und betreiben somit antirussische Kriegspropaganda.

RUSSISCHE STRATEGIE GEHT AUF

Die russische Armee scheint im Donbass vorzurücken. Der ständige Vertreter Russlands in den Vereinigten Nationen Wassili Nebensja erklärte, dass die beiden Volksrepubliken bald »vollständig befreit« sein werden. Westliche Medien hingegen behaupten, die russische Armee stecke in Sewerodonezk fest, da die Stadt immer noch nicht eingenommen sei. Doch Nebensja zeigte sich optimistisch und erklärte, dass die Eroberung der Stadt Zeit brauche. Das deckt sich mit der bisherigen Strategie Russlands, ukrainische Kämpfer einzukreisen und zur Aufgabe zu zwingen, anstatt mit brachialer Waffengewalt vorzugehen.

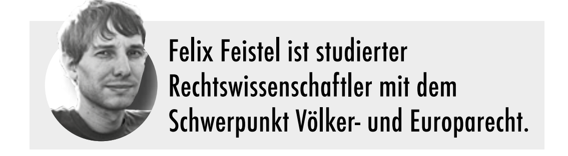
Das Ziel dabei sei es, die Zivilbevölkerung so gut es geht zu verschonen. In Sewerodonezk halten jedoch die ukrainischen Kämpfer offenbar Hunderte Zivilisten im Asot-Werk gefangen, wie Generaloberst Michail Misinzew, der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, bekannt gab. Zudem sollen die »ukrainischen Nazis« Panzer mit gefährlichen chemischen Stoffen mit Sprengfallen versehen haben, die sie im Falle eines Rückzugs in die Luft jagen würden. Immer wieder wird berichtet, das ukrainische Kampfverbände Zivilisten als menschliche Schutzschilde verwenden.

SÖLDNER ZUM TODE VERURTEILT

Das oberste Gericht der Volksrepublik Donezk (DVR) hat drei ausländische Söldner zum Tode verurteilt, wie die russische Agentur für internationale Informationen RIA Nowosti meldete. Die beiden Briten und der Marokkaner hatten gegen Sold auf der Seite der Ukraine gegen die russischen Soldaten und die Kämpfer der Volksrepubliken gekämpft. Sie bekannten sich der Begehung von Straftaten schuldig, die auf die gewaltsame Machtergreifung in der DVR abzielten. Einer der Briten bekannte sich außerdem einer Ausbildung mit dem Ziel, terroristische Operationen auszuführen, schuldig. Nach dem Strafgesetzbuch der DVR ist die Strafe, die auf diese Taten steht, der Tod durch erschießen. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Die Angeklagten können Rechtsmittel einlegen. Großbritannien hatte vorab angekündigt, im Falle einer Verurteilung der beiden Briten Berufung einzulegen.

WEITERE US-HILFEN FÜR DIE UKRAINE

Das US-Außenministerium will der Ukraine künftig 1,5 Milliarden Dollar monatlich zur Verfügung stellen. Das teilte der Erste Stellvertretende Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten Dereck Hogan am Montag auf einer Konferenz im Woodrow Wilson Center in Washington mit. Weiterhin erklärte er, dass die USA die Ukraine bereits mit 53,6 Milliarden Dollar unterstützt haben. Dies sei, so Hogan weiter, die umfangreichste Unterstützung eines europäischen Landes seit dem Marshall-Plan. Auch hat das Pentagon mittlerweile eingeräumt, 46 Biolabore in der Ukraine unterhalten zu haben. In diesen wurde an gefährlichen Erregern geforscht, angeblich, um eine Verbreitung von Biowaffen, die aus Sowjetbeständen stammen, zu verhindern. Allerdings ließen die USA keine internationale Kontrollen der Labore zu.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

100 MILLIONEN VERTRIEBENE

Genf/DW. Laut dem neuen Bericht des UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR sind derzeit 100 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie nie zuvor. Die Lage verschlimmere sich seit einigen Monaten, die Ukraine bekomme sehr viel Hilfe, worunter andere Krisenregionen leiden müssen, da es keine zusätzlichen Mittel gebe. Die Aufnahmeländer seien mit ihren oftmals geringen Ressourcen auf sich alleine gestellt und überstrapaziert. Demokratische Menschenrechtler fordern eine sofortige Beendigung des Ukraine-Konflikts und einen Stopp der maßlosen militärischen Aufrüstung der Nato-Staaten. (ber)

UKRAINE MIT HOHEN VERLUSTEN

Kiew/DW. Laut einer Meldung des US-Nachrichtenportals *Axios* würden im Schnitt täglich 200 bis 500 ukrainische Soldaten getötet. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte zuvor die Situation kleingeredet und von 60 bis 100 Mann gesprochen. Die Hinweise verdichten sich, dass die ukrainische Armee trotz der Unterstützung durch die Nato eine extrem hohe Verlustrate verzeichnet. (ber)

Z NICHT STRAFBAR

Bauzen/DW. Laut einer Meldung des *Online*-Portals *Report24* stellte das Amtsgericht Bauzen ein Strafverfahren gegen eine Beschuldigte ein, die den bei Russlandfeinden verhassten Buchstaben Z gut sichtbar auf ihrer Warnweste getragen hatte. Dies allein reiche laut Urteil nicht aus, um eine ausdrückliche Billigung eines Angriffskriegs oder Kriegsverbrechens nachzuweisen. Wörtlich hieß es in der gerichtlichen Feststellung: »Es braucht mithin in der Situation neben dem Z weitere Hinweise, die zweifelsfrei erkennen lassen, dass hier die Angeschuldigte das russische Kriegstreiben und die begangenen Verbrechen gutheißt. Das Z ist hierfür ohne Eindeutigkeit. Eine öffentlichkeitswirksame ergänzende verbale oder schriftliche Kundgabe, die dem Buchstaben Z in der Verwendung durch die Angeschuldigte eine unmissverständliche die Kriegsverbrechen billigende Bedeutung hätte geben können, fehlte.« (ber)

DAS COMEBACK DER NAZI-PANZER

Düsseldorf/DW. Typisch deutsche Geschichtsvergessenheit oder unverhohlene faschistische Kriegsgeilheit? Der jüngst präsentierte Nachfolger des Leopard-Panzers wurde vom deutschen Kriegsgerätehersteller Rheinmetall »Panther« getauft. Den selben Namen trug ein ebenfalls mittelschwerer Panzer des Nazi-Regimes, der als Reaktion auf den sowjetischen T-34 entwickelt wurde. Alles nur Zufall? (ber)

DER MENSCH ALS TOASTBROT

Fortsetzung vom Titel | *Von Thorsten Krawinkel*



Wache Demokraten: Am Vorabend zur Verfassungsgebenden Versammlung vom 1. August 2020 mit 1,3 Millionen Teilnehmern: Demonstranten ziehen vom Bundestag zur Volksbühne in Berlin. Statt der »Kinderschändermaske« tragen sie ehrliche Information vor den Gesichtern. Foto: DW/Lenz

Wie könnte man als Krone der Schöpfung mehr am Boden liegen, als mit solch nihilistischer Mythologie im Rücken. Nichtigkeit und Leere als Sakramente eines zufälligen, sinnentleerten Daseins, Nichtigkeit und Leere als Alpha und Omega eines orientierungslosen Werdens und Vergehens. Was soll da noch retten, außer der Griff zur Flasche, der obsessive Blick auf die Bundesligatabelle oder der Kopfsprung vom Zehner tief hinein in Lust und Rausch dieser Kirmes namens Erdenleben (eigene Kompensationsmethoden bitte einfügen).

Süchte gibt es ja reichlich und bekanntlich sind manche tabuisiert und kriminell, während andere gesellschaftlich völlige Akzeptanz erfahren. Hat etwa die Arbeitssucht als Krankheit inzwischen ihre Anerkennung gefunden, so wird die eigentliche Plage des neuen Jahrtausends, die so weit verbreitete und vielfach schlimmere Denksucht, nicht nur in ihrer Existenz geleugnet, nein, in Wissenschaftskreisen wird ihrer sogar ganz besonders und seit Corona erst so richtig in vollem Ausmaß hingebungsvoll gehuldigt.

Gar nicht so weit hergeholt zu sagen, seit Galilei und Kopernikus haben wir im Grunde lediglich die GEOzentrik des Weltraums durch die EGOzentrik des Welt-Innen-Raums ersetzt. Mit dem Verschwinden jener, trat diese andere auf den Plan und ihren glorreichen Siegeszug an. 500 Jahre Wissenschaft und Aufklärung – und das Resultat ist am Ende kaum mehr als die Vertauschung zweier Buchstaben von: G E O zu E G O – da ham wa abba echt ma was geschafft, Tusch und Halleluja!

KOPERNIKANISCHER SALTO RÜCKWÄRTS

Ganz auf dieser Linie ein Gespräch mit einer Freundin nach Absetzen der Maske vorm örtlichen Supermarkt. Auf ihr: »Ich schaff das überhaupt nicht, das alles in mein Weltbild rein zu bekommen« – erwidere ich, »dieses neue Weltbild kann man auch nicht in sich hinein bekommen – tatsächlich geht es darum, dich in das neue Weltbild hineinzukriegen – und wenn's schwierig wird, muss man sich eben mal nicht so anstellen und ein bisschen quetschen bis der Deckel irgendwie zugeht«. Subjekt und Objekt – wer ist was, was ist wer, das sollte man in diesen Zeiten für sich klar bekommen. Demokratie war gestern. *NEW NORMAL* ist nun das Gravitationszentrum des Planeten. Ein kopernikanischer Salto rückwärts quasi, Zirkus Roncalli lässt grüßen – und jetzt ist gefälligst RUHE IM KARTONG! Marsch, marsch auf die zugeteilte Umlaufbahn, Untertan: ID2020-34-r2d2-0815!

Die 34 am Anfang meiner neuen ID zeigt die individuellen Freiheitspunkte (IFP) im *Social-Score-System* (SSS). Subversive Gespräche, häretische Essays führen natürlich zu schmerzhaften Abzügen. Unterhalb von 50 *Points* gilt: Leben verboten – überleben erlaubt. Und so ist für mich ein Platz weit draußen ganz am Rand des *Happy-Future*-Universums vorgesehen, weitab von allen *Party-Hotspots* der *supersmart* durchstartenden *Wellness*- und Hygienesekte.

DAS NETZ ZIEHT SICH ZU

Im Anfang ist bekanntlich bereits alles enthalten – und den Beginn des Internets in *Good Old Germany* kann man rückblickend vielleicht auf den damals schon ziemlich dummen Spruch unseres Bundes-Boris-Besenkammer-Beckers datieren: »Bin ich schon drin?«, fragte das Bobbele damals ganz unschuldig. In ganz anderem *Spin* ist der Satz für den *Champion* ja grad wieder topaktuell geworden – das Leben schreibt Geschichten! – kann sich doch keine KI ausdenken ...!

Was hätte man also erwarten sollen vom supadupa *WorldWideGlobalPeaceDorfWeb*? Nach 20 Jahren ist *Surfen* langweilig, Ebay angestaubt, Google diabolisch und *Wikipedia* zum dogmatischen Wächterrat einer ehemals halbwegs freien analogen Wirklichkeit geworden. Und nun, da der große Fischschwarm namens Menschheit eingefangen ist, beginnt sich das Netz mächtig zuzuziehen. Sagte Gates nicht neulich erst in den *Tagesthemen*: »Wir werden sieben Milliarden Menschen einloggen und das Netz dann einholen?« Menschenfischer soll man doch sein und dann ist Billy Boy der Auserwählte – Halleluja!

BIODIGITALE KONVERGENZ

Es ist alles schon in der Pipeline – das Biologische soll digitaler und das Digitale biologischer werden. Der Chip im Hirn, das Hirn im Chip, wo ist bald noch der Unterschied und dann wächst endlich wirklich das zusammen, was zusammen gehört: Mensch- und Doofheit!

Doch wie werden wir frohlocken, wie werden wir erleichtert jubeln, erlöst von dieser Bürde, diesem Neandertaler des 20. Jahrhunderts mit seiner zwar irgendwie niedlichen, aber schon auch reichlich peinlichen Empfindsamkeit, dieser sentimentalen Verirrung in Nächstenliebe, Herz und Mitgefühl.

Sarkasmus off! Der Tod der Aufklärung unter Laborbedingungen spielt sich gerade vor unser aller Augen ab. Wie die Figuren aus dem Pink-Floyd-Video tapern wir hinein in die Verwertungsmaschine eines stickstoffgekühlten Neofeudalismus. Die Theosphäre von gestern feiert dabei eine gespenstische Auferstehung als Technosphäre von morgen und übermorgen. In den *Clouds* der Konzerne sitzen die neuen Götter: Jeff, Bill, Elon, Mark, *you name it*... Wo sind die *Ladies, by the way* ...??! Wo ist die Quotenregelung für Superreiche?! Gönnerhaft und gütig werden unsere neuen Sonnenkönige jedenfalls auf ihre *Smart Cities* hinabschauen, auf ihre bis zum Horizont reichenden Salatkopffelder, also auf uns, und dann freuen sie sich auf die Erntezeit. Unsereiner kratzt sich am Salatblatt und denkt: »Bin ich schon dran?«

Luther wird wieder zurück übersetzt in das hermetische Latein von heute. Evangelien aus Nullen und Einsen werden uns leiten. Wahrlich, ich sage euch: 01001101001. Psalme im Alphabet der Nucleotidbasen werden uns verzücken.

Und wenn ich auch wandere im finstren Tal CGBAGCD-ACGBB ... REvolution statt Evolution ist das Motto! Der Mensch wird wieder zum Schaf, die Gesellschaft wird wieder zur Herde und sie wird preisen die Hohepriester aus IT und VL (Virologie), wenn sie die heiligen Schriften für uns auslegen. Ostern und Weihnachten werden dann endlich auf einen Tag fallen und auch Ihr, liebe Leser:innen* und LeserInen** werdet sehen: Es wird gut sein. Alles wird schon bald sehr, sehr gut sein – im Menschenpark. Operation gelungen, Patient tot. So sei es, Halleluja, also – Mähhh ...

LIEBE SCHÄFCHEN

Es mag schon 2015 gewesen sein. Ich lag spät abends im Halbschlaf vor der Glotze und verfolgte mit einem Auge irgendeine *BioGenFutureDoku*. Und seltsamerweise ist mir diese bestimmte Sequenz seitdem nie mehr aus dem Sinn gegangen: Ein paar weiß bekittelte Hornbrillenmenschen stehen vor weiß gekachelten Wänden und zeigen auf ein ebenso weißes Brot, auf einem abermals weißen Tisch. Jeden einzelnen Parameter, der dieses Brot ausmacht, gedenken die Forscher vollständig zu enträtseln, worauf sie dann sämtliche Eigenschaften vom Geschmack bis zur Haptik und Haltbarkeit nach Belieben und präzise einstellen können, soufflierte eine tiefgründige, scharfsinnig klingende Stimme aus dem *Off*.

»Infantile Grenzenlosigkeit, null Kontakt zum lebendigen und pathologischer Größenwahn!«, hab ich damals noch gedacht. Ausgerechnet das heilige BROT müssen sie so entweihen ...

Vom: Nehmt und esset alle davon, dies ist mein Leib der Eucharistie ging es zur maximalen Entzauberung, zur beinahe satanischen Gottesaustreibung im Sterillabor der Biotech- Herätiker ...

Dazwischen lagen 500 Jahre, in denen sich die Raupe Mensch unersättlich durch Welt, Wissen und, ja, durch sich selbst gefressen hat. Folgt nun etwa die magische Verwandlung in einen wunderschönen Schmetterling? Oder erstarren wir tiefgekühlt im Kokon der transhumanen Exoskelette, der Techkomponenten des globalen Überwachungskapitalismus? Werden wir selbst zum Kopfsalat, zum Frühstückstoast gar? Sollten wir den analogen Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts vielleicht als Weltkulturerbe bei der Unesco schützen lassen? Ich glaube, jemand der sich damit auskennt, sollte die Sache schleunigst in die Hand nehmen.



Thorsten Krawinkel studierte Chemie. Der Autor arbeitet als Journalist, Kommentator, Kabarettist und Musiker.

Ersatznationalismus

von Götz Kubitschek

Autofahrt. Deutschlandradio überträgt das Konzert des Kiewer Sinfonieorchesters, das in Dresden gegeben wird.

Es ist der Auftakt einer Deutschlandreise mit Stationen unter anderem in Leipzig, Berlin und Hamburg. Gespielt werden Stücke ukrainischer Komponisten.

Als das Orchester nach der Pause auf die Bühne des Kulturpalastes zurückkehrt, ruft eine Stimme die Worte »Slawa Ukrajini« in den Saal, der Rufer wünscht der Ukraine also Ruhm und Ehre. Und während von den Balustraden ukrainische Fahnen hängen (dies beschreibt euphorisch der Kommentator), will der Applaus nicht enden.

Enden will er an diesem Abend sowieso kaum je, vor allem vor und nach der zweiten Zugabe nicht mehr. Der Dirigent (ein Italiener) kündigt sie mit leiser Stimme an, nicht, weil er in ihr ein Wagnis, etwas Verwegenes annehmen muß, sondern so, wie man den Herzenswunsch vieler halb fragend, halb wissend ausspricht, mit einem Lächeln, selbstsicher, auch von sich selbst gerührt: Es ist die Nationalhymne, die ukrainische natürlich, und wie ein Mann erhebt sich der Saal.

Später beschreibt das eine Zeitung, die jede auf einer Pegida-Demonstration getragene Deutschlandfahne für eine nationalistische Aggression hielt, in etwa so: Viele hätten still mitgesummt, einige der anwesenden Ukrainer jedoch den Text geradezu in den Saal geschrien, zum Trotz gegen den Krieg.

Von anderen sei still geweint worden, während man sich umarmt und eine junge Mutter ihren schlafenden Jungen fest an sich gedrückt habe. Die Melodie, die zur Hymne der Freiheit für viele in Europa geworden sei, habe »ein letztes Mal« (was soll das heißen: ein letztes Mal?) im Dresdner Kulturpalast aufgebrandet.

Nationale Verzweiflung unter den Betroffenen, emphatischer Ersatznationalismus auf Seiten der Deutschen. Jedenfalls: Die Nation ist zurück, zwar die eigene nicht, aber immerhin eine andere, für deren Ruhm und Ehre man sich frei von jedem Schuldbedürfnis emotional in die Bresche werfen kann, mit aller Empathie, einen Konzertabend lang und noch etwas darüber hinaus – innerlich ein halber Ukrainer bereits, in vagen Bildern den nicht ganz abwegigen Gedanken spinnend, mit irgendeiner unlängst noch sehr unvertrauten Knarre in der Hand vom vierten Stock einer Platte am Stadtrand einer bis dato minder bekannten Stadt im Osten dem anrückenden Feind zu wehren – dies besonders jetzt noch lieber, wo doch auch dort, in Regionen mit Mordor-ähnlichen Namen wie »Kramatorsk« und »Charkow«, der Frühling in Blüte steht und die Bilder von aufgesprengten Häuserfronten und von Leichen in den Straßen nicht von diesem andauernden Schneematsch ihr hoffnungsloses Kolorit bekommen, sondern grüne Einbettung stattfindet.

Von der Autofahrt zurück am Schreibtisch. Weitere Belege für das ersatznationalistische Potential der deutschen Zivilgesellschaft sammeln sich an, Formierungsbereitschaft und moralische Kompetenz selbst auf abgelegenem Feld werden sichtbar:

Begriffe tauchen auf und werden geübt, Moderatoren entwickeln sich: »Schwere Waffen« – man hört zunächst überraschte, dann entschlossene Anführungszeichen. Teigige Menschen empfehlen den Besuch von Panzermuseen, und sehr, sehr viele Wähler selbst alternativer Parteien glauben daran, daß Sondervermögen aus gewerkschaftlich abgesicherten, aber uniformierten Staatsbürgern Kämpfer zu machen vermögen.

Kinder einer sechsten Klasse revidieren ihre Entscheidung, ab dem kommenden Schuljahr Russischunterricht zu nehmen. Von der Sprache des Bösen wird zu Französisch gewechselt – nur drei Kinder bleiben bei ihrer Wahl.

Auf *Twitter* verändern Hunderte, Tausende Nutzer ihr Profilbild. Waren es vor ein paar Jahren die Doppelklammern, die einen ((Echoraum)) gegen Antisemitismus anzeigen sollten, später die schwarze Faust der Black-Lives-Matter-Bewegung oder drei Punkte für »geboostert«, sind es heute die Farben Blau und Gelb, oft überschrieben mit international verständlichen Bekenntnissen, gemeindebildend: »I stand with« oder auch »At your side«.

Lektüre des mittlerweile 91-jährigen Schriftstellers Helmut H. Schulz, der in der DDR Grandioses publizierte, ohne Parteigänger zu sein. Armin Mohler entdeckte ihn für uns, wir legten ihn in der Reihe Mäander wieder auf. Im Roman Dame in Weiß (1982) finden sich Beschreibungen psychischer Einnordungsvorgänge von 1939, Blaupausen für heute:

Wir wurden im ersten Kriegsjahr einer emotionellen Erziehung unterworfen, der wir uns nirgends entziehen konnten. Auf Schritt und Tritt standen wir Feinden gegenüber. Mit vereinfachenden Orientierungen sollten wir uns zurechtfinden. Sollten wir uns zurechtfinden? Politische oder ideologische Erziehung im Kindesalter ist immer gleich mit dem Erwecken von Emotionen, mit Haßgefühlen oder mit Zuneigungen: gegen oder für etwas, das sich kindlicher Beurteilung entzieht, ein gelegtes Muster, dem man nicht mehr entrinnt.

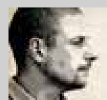
Deutschland 2022. Die Förderung eindeutiger Gefühle ist Regierungshandeln, an die Front muß keiner, eingefahren wird moralische Ernte. Sie ist eines der Bindemittel der politischen Ordnung in unserem Land – neben dem Auffächerungstrick in substantiell ganz gleiche Parteien, der periodisch neu ausgerichteten Markierung des Bösen, dem auf jedem einzelnen lastenden Anpassungsdruck an die veröffentlichte Meinung und einer zwar auch materiellen, vor allem aber seelischen Abhängigkeit von einem Staat, der zunächst zuschlägt, zerschlägt, und aufbürdet, um danach zu füttern, zu gönnen und abzulenken:

Weltordnungserzählungen, die Weltordnungslügen sind, treffen auf das reduzierte Ich, das Bedrohung ahnt, wo es gern Fragen stellen würde, und sich sofort zurückzieht, denn es will nicht mehr abweichen, es erträgt die Abweichung nicht mehr. Noch einmal der Schriftsteller Helmut H. Schulz:

Dieser Manipulationsvorgang ist uralt, es bedurfte keiner Wissenschaft, um die Praxis voranzutreiben: Der Feind ist immer böse. Seine Ziele sind verwerflich. Nicht nur, wer auf der Seite des Feindes steht, ist mit rabiaten Mitteln vom kämpfenden Volk auszuschließen, sondern auch der, welcher nach Wahrheit sucht, wo es keine Wahrheit mehr gibt.

So war es, so ist es wieder. Sollten je (aufgrund von echten Engpässen und Absättigungslücken) Entladungsszenarien in den Bereich des Möglichen geraten, wird man Sündenböcke finden und interessiert feststellen, daß man mittels Propaganda gerade woke Leute in einen Mob verwandeln kann.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf sezession.de. Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung.



Götz Kubitschek war Offizier der Bundeswehr, ist Germanist, Verleger (Antaios) und Chefredakteur der Zeitschrift *Sezession.*

Redaktionelle Anmerkung: Wie »rechtsextrem« – oder welchen Begriff der Mensch auch immer für die perversen Zustände der Gegenwart anwenden möchte – muss eine Staatsräson sein, der gegenüber ein sich selbst als »Rechter« bezeichnender Verleger, wie der renommierte Autor dieses Textes, als fein fühlender Friedensbote erscheint? (ale)

Abwehrrecht gegen Staat, Pharmalobby und Kapital: *Demokratin tritt im von Regierungsmitgliedern verbarrikadierten Berlin für Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex ein.* Foto: DW 2022

ARD-Knüppel auf'm Kopp

Schwarze Pädagogik der Tagesschau. | Von Uli Gellermann

»Taa-taa, ta-ta-ta-taaaah.« Er deckt seit Jahren Propaganda auf: Der Journalist und Filmemacher Uli Gellermann. *Foto: apolut.net*

»Schwarze Pädagogik« nennt man jene Erziehungsmethode, die zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anwendet. Es ist keine körperliche Gewalt, die von der *ARD-Tagesschau* eingesetzt wird, um den Zuschauer zu erziehen, um ihre ideologischen Ziele durchzusetzen.

Aber es ist schon gewaltig, wenn ein riesiger Sendeapparat Millionen von Zuschauern mit seinen Nachrichten die Zuschauer versucht, geistig zu erziehen; mit der Gewalt der Manipulation die Konsumenten auf die jeweilige staatliche Linie zu bringen.

KOMBATTANTEN IM KRIEGSFALL SOLDATEN?

Mit der Meldung »Vom Ungedienten zum Uniformträger« verbreitet die wichtigste Nachrichtensendung des Landes natürlich keine Nachricht, sondern eine Art Militär-Lyrik. Über das gemeinsame Biwak, das abendliche Lagerfeuer und romantische Wassergräben rund um die Zelte wird eine Sorte verquerer Romantik verbreitet, die natürlich auf wichtige journalistische Fragen verzichtet: Welche gesetzliche Grundlagen haben die »Ungedienten« in den Reihen der Bundeswehr (#DW93 berichtete)?

Sind diese zivilen Kombattanten im Kriegsfall Soldaten oder gelten sie als Partisanen? Haben sie bei Übungen Versicherungsschutz? Ist ihr Status jemals durch das Parlament festgelegt worden? Fragen über Fragen, die von der *ARD* gar nicht erst gestellt werden; dann muss man sie ja auch nicht beantworten, sondern kann in aller Ruhe mit dem Ideologie-Knüppel auf den Kopf des Zuschauers eindreschen.

FÜR DEN MULTIMILLIARDÄR SOROS

Die Merkel könnte einem leidtun: Denn die *Tagesschau* schickt ihr eine Daniela Schwarzer als Interviewerin auf den Hals. Frau Schwarzer hat schon für den Multimilliardär Soros gearbeitet, den Russenfeind und reaktionären Meister diverser Farbenrevolutionen. Auch für die »Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik« war die Frau tätig. Das ist ein de-facto-staatlicher Laden, der aber von privaten Interessen gesteuert wird.

Darüber schweigt die *Tagesschau* »vornehm« und lässt die scheinbar neutrale Dame auf die Ex-Kanzlerin mit der Agitations-These von der »Energieabhängigkeit von Russland« los. Dass es normal ist, dass Staaten Handel treiben, dass der eine Rohstoffe exportiert und der andere Maschinen und Anlagen, verschwindet hinter dem Ideologie-Knüppel von der »Abhängigkeit«.

KNÜPPEL UND SPRITZE

In der einen Hand den Knüppel, in der anderen Hand die Spritze – so muss man sich den *ARD*-Redakteur vorstellen, wenn er diese Meldung verfasst: »Corona-Pandemie – was der Expertenrat für den Herbst empfiehlt.« Eine blütenweiße FFP-2-Maske ziert die Meldung. Natürlich kein Wort von deren Schädlichkeit. Stattdessen ist von einer »relevanten Immunitätslücke« die Rede.

Woher mag die kommen, wenn doch 77,5 Prozent der Bevölkerung »geimpft« sind? Die Frage wird nicht gestellt, also auch nicht beantwortet. Auch von den Impfschäden keine Rede: Wenn von denen berichtet würde, müsste ja auch von den Impftoten geredet werden.

Da könnte dem Redakteur doch glatt vor Schreck der Knüppel aus der Hand fallen. Und der Zuschauer könnte die Redaktion dann mit dem Knüppel in der Hand besuchen kommen. Soviel Pädagogik von unten mag man dann doch nicht.

Dieser Text erschien zuerst auf rationalgalerie.de.

POP POP

Von Nicolas Riedl



Justin Biebers Gesicht ist zur Hälfte gelähmt. *Bild: Instagram*

JUSTIN BIEBER MIT SPRITZSCHADEN?

Justin Biebers (28) rechte Gesichtshälfte ist seit kurzem gelähmt. »Ramsay Hunt Syndrome (RHS)« lautet die Diagnose. Eine Erkrankung, die bei unter 30-Jährigen nahezu gar nicht vorkommt. Bieber vermutet, dass sein RHS durch »das Virus« verursacht sei. Auch die *Mainstream*-Presse legt die Krankheitsursache so aus, anstatt darauf hinzuweisen, was im Grunde genommen offensichtlich ist: Der Popsänger Justin Bieber hat womöglich einen Spritzschaden. Der renommierte Mathematiker Steve Kirsch errechnete die Wahrscheinlichkeit einer RHS-Erkrankung bei Gespritzten gegenüber Ungespritzten. Das Ergebnis: Bei Gespritzten erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer RHS-Erkrankung um den Faktor 100+.



Wie schon Herbert Grönemeyer – trotz Spritze hat sich Mick Jagger infiziert. *Bild: Instagram.*

MICK JAGGER TEILT GRÖNEMEYERS SCHICKSAL

Im April 2021 verspottete der Rolling Stones Sänger noch Menschen, die selbstbestimmt eine Entscheidung über ihren Körper treffen auf dem Song »Eazy Sleazy« mit der Textzeile »Shooting the vaccine / Bill Gates is in my bloodstream« (zu Deutsch: Den Impfstoff reinschießen / Bill Gates ist in meinem Blutkreislauf). In einem RollingStone-Interview gab er vor diesem Hintergrund zum Besten: »Es scheint, dass selbst Menschen, die man gut kennt und die in vielen Dingen sehr vernünftig sind, gewisse Dinge einfach gar nicht verstehen.« Ob Jagger nun bald selbst zu diesen Menschen gehört – nur unter umgekehrten Vorzeichen – wird sich nun zeigen. Obwohl der Sänger gespritzt war, musste er nun aufgrund einer »Corona-Infektion« – wie auch schon Herbert Grönemeyer – seine Tour absagen.



DIE WAHRHEIT - NOCH EINMAL

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Rainer Kraus

Wahrheit ist eine faktische Entität. Unabhängig von unserer Wahrnehmung! Erbitterter Krieg hiergegen scheitert schon an der Etymologie in den Sprachen.

Das Massaker von Butscha ist, was es in Wahrheit war. Nachdem es medial ausgeschlachtet und die damit beginnenden Waffenstillstandsgespräche vernichtet waren, verweigerte jetzt das Berliner Verwaltungsgericht eine weitere Untersuchung der Form der Datenerhebung: Es bestehe »kein gesteigertes öffentliches Interesse«, noch ein »starker Gegenwartsbezug« – wie bitte?

Was unsere Väter unter Blut und Leiden erwarben und uns weitergegeben haben, wird abgeschafft: Die freie, geschützte Proklamation von Wahrheit! Das Motiv? Hass gegen die Wahrheit. Das war in Wirklichkeit auch das Hauptmotiv derer, die die Ermordung von Jesus Christus betrieben. Hilflosigkeit führt zu Machtmissbrauch. Diese Hilflosigkeit geriert sich aus Mangel an Wahrheit. Jesus sagt: »Ich bin die Wahrheit«. Die westliche Welt schafft aber nicht nur Gott, sondern den Teufel gleich mit ab. Diese Entkernung beraubt uns.

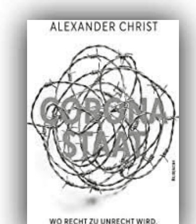
Der wahre Böse wird zum bösen Menschen, der die ganze Welt ruiniert! Und jeder, der genau hinschaut, erkennt das Theaterstück. Gott ist Faktenchecker. Mehr als 1.000 Jahre im Voraus nannte er die Vertreibung der Juden unter alle (!) Nationen (3. Mose 26). Und 2.500 Jahre im Voraus die Rückkehr in ihr Land (Jer. 32 und 33). Für die übrigen Nationen werden dann (!) vier apokalyptische Gewaltmächte in dieser Reihenfolge benannt, die auftreten (Offenbarung 6): Eine weiße, von scheinbarer Reinheit, aber ausgerüstet mit einem Gift (Toxon). Eine rote, die mit Betrug den Frieden von der Erde nimmt. Eine schwarze, die mit der Waage des Händler-Kaufmanns in der Hand die Erde mit Teuerung und Hungersnot (»Weizen und Gerste«) überzieht. Eine grüne (!), die mit rücksichtsloser Gewalt den vierten Teil der Erde erobert, um dort eine Ernte des Todes einzufahren.

Diese Prophetie mindert nicht unseren Einsatz! Aber sie gibt die Gewissheit über den finalen Ausgang und seinen Urheber (Jes. 60-65, Offb. 19-20).Und sie ruft, uns Ihm zuzuwenden!

Der Autor ist Zahnarzt und lebt in der Nähe von Hamburg. Kontakt: rain_serv@gmx.de.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Corona-Staat.
Wo Recht zu Unrecht wird, wird Menschlichkeit zur Pflicht
Alexander Christ
Rubikon
978-3-96789-032-7



Das Virus.
Auf der Suche nach dem Ursprung von Covid-19
Günter Theiß
Westend
978-3-86489-372-8



Game Over.
Covid-19 | Anthrax-01

Heiko Schöning
Blue Tiger Media
978-94-93262-09-6



Das wahre Gesicht des Dr. Fauci.
Bill Gates, die Pharmaindustrie und der globale Krieg gegen Demokratie und Gesundheit
Robert F. Kennedy
Kopp Verlag
978-3-86445-865-1



Gekaufte Wissenschaft.
Wie uns manipulierte Hochschulforschung schadet und was wir dagegen tun können
Christian Kreiß
tredition, 978-3-347-13259-7



Das Unsichtbare hinter dem Sichtbaren. Gesundheit und Krankheit neu denken. Perspektive der Psychoneuroimmunologie
Christian Schubert, Magdalena Singer
Books on Demand
978-3-7526-9072-9



Die größte Chance aller Zeiten.
Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren, Marc Friedrich
FinanzBuch Verlag
978-3-95972-457-9



Die Zeit gehört uns.
Widerstand gegen das Regime der Beschleunigung

Friedhelm Hengsbach
Westend, 978-3-86489-904-1



Krieg der Gendersterne.
Ulrich Thomas Wolfstädter

Frank & Timme
978-3-7329-0870-7



Helix.
Sie werden uns ersetzen
Marc Elsberg

Blanvalet Verlag
978-3-7645-0564-6

Die schönen Seiten

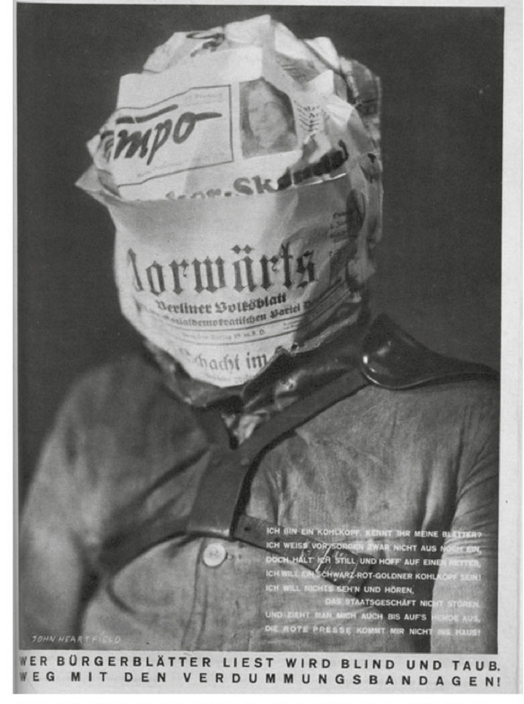
Von Anselm Lenz

Spaziergang um Berlin. Dann die Meldung: Nato-General Stoltenberg gibt bekannt: Frieden, Gebietsabtretungen Kiews. Dann geben alle Ruhe.

Kultaranta-Gespräche in Finnland, ich auf dem Weg ins Heartfield-Haus. Es piept wohl in der Hosentasche und dann heißt es überraschend auf *telepolis.de*: Der Generalsekretär der Nato-Kriegsmaschine, der Norweger Jens Stoltenberg, voellzieht eine 180-Grad-Wende – zumindest im Vergleich zu den Kriegstreiberblättchen von *Taz* über *Freitag* und *Jungle World* bis *FAZ*. Ob letztere nur noch FA wie Fake-Antifa buchstabiert wird, nachdem irre BRD-Apparatschiks versuchten, das Z als vermeintlich russische Propaganda aus der Öffentlichkeit zu streichen? – Man kann mich mal Zwickau. Generell, Herr General.

Um es neuerlich klarzustellen: Kein Kriegsblatt, nicht per se auf der russischen Seite und nicht mit Putin im Bunde. Wenn die vorliegende Zeitung einer Seite zuzuordnen ist, dann der schönen: Der Friedensbewegung. Der Aufklärung. Dem Menschenrecht.

Grüne Hügel statt Stoltenberg: Ich will mal wieder zum Heartfield-Haus. Atmen. Doch bei der Rast an der alten Eiche beginne ich doch, im Mäusekino zu lesen. Stoltenberg gibt eine



"Reading the Bourgeois Press Makes You Blind and Deaf. Throw Away These Stupid Bandages!," February 1930

Collage: John Heartfield

spezifische Ökonomie des Krieges preis: »Westen« sei zwar bereit, für den Krieg »einen Preis zu zahlen«. Kiew werde aber echte Friedensverhandlungen führen und Gebietsabtretungen machen müssen. »Wieviel Territorium, wieviel Unabhängigkeit, wieviel Souveränität sind sie bereit, für den Frieden preiszugeben?«, so Stoltenberg. – Diese Botschaft kann in beide Richtungen verstanden werden, nach Ost wie West.

Wie von Tag eins an erwartet: Die Ukraine wird zwischen Machtblöcken aufgeteilt werden. Beute. Wann komme ich mal dazu, Ihnen von den schönsten Seiten in und rund um die deutsche Hauptstadt zu berichten? Die gibt es nämlich – trotz alledem und alledem. Zum Beispiel in Waldsieversdorf.

SPORT MIT BERTHOLD

»WOKE?« 70 LITER IN ABU DHABI

Manch ein Formel-1-Fahrer dreht im Emirat Abu Dhabi seine Runden und schmückt sich mit den Insignien der »Wokeness« – bei 70 Litern auf 100 Kilometer.

Hübsches T-Shirt-Design. Doch hat der Masken-, Regenbogen- und Corona-Kult überhaupt etwas mit Umweltschutz und Gerechtigkeit zu tun? Es handelt sich um eine jahrzehntelang angelegte Kampagne, die unsere natürliche Empfindung und den gesunden Menschenverstand absichtlich durcheinanderbringen soll. Wir sollen in immer neue Rechtfertigungsmuster verstrickt werden, während eine boshafte und undemokratische Agenda abgespult wird.

Wokeness? Das eine ist die Beendigung von Herabwürdigung von Menschen. Das andere sind Biopolitik und Angriffe auf die menschliche Integrität. Homosexualität und Travestie nicht mehr zu ächten, ist das Eine. Das andere ist eine humanistische Bildung, die Kinder ihr starkes Bedürfnis von echter Normalität gewährt: Natürliche Mutter-, Vater- und Kinderrollen!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WIR SIND JETZT VERSCHWÖRUNGSTHEORETIKER. WIE ALLE VERNÜNFTIGEN LEUTE. ANONYM.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 94. Ausgabe ab Samstag, 18. Juni 2022. | Redaktionsschluss war am 16. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Jill Sandjaja, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.